

Jusos Unterfranken  
Semmelstraße 46R > 97070 Würzburg

An: Delegierte zur  
Bezirkskonferenz, Juso-  
Bezirksvorstand

## Delegiertenunterlagen zur Bezirkskonferenz 2016

Würzburg, 22.02.2016

Liebe Genossin, lieber Genosse,

anbei erhältst Du die Delegiertenunterlagen für die Bezirkskonferenz der Jusos Unterfranken im Jahr 2016. Diese findet am

**Sonntag, 06. März 2016**  
**11:00 Uhr**  
**Rathaussaal Weilbach**  
**Hauptstr. 59, 63937 Weilbach**

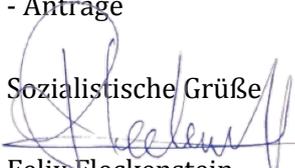
statt.

Änderungs- und Initiativanträge können vorab an [tagungsbuero@jusos-unterfranken.de](mailto:tagungsbuero@jusos-unterfranken.de) gesendet werden. Bitte bringe Änderungsanträge wenn möglich in elektronischer Form mit und achte darauf, dass dein Unterbezirk und der Antrag, zu dem du Änderungen vorschlägst, in der Datei ersichtlich sind. Aktuelle Informationen zur Bezirkskonferenz findest du auf der Website der Jusos Unterfranken unter [jusos-unterfranken.de/meldungen/bezirkskonferenz-2016/](http://jusos-unterfranken.de/meldungen/bezirkskonferenz-2016/)

Anlagen:

- |   |       |
|---|-------|
| - Vorgeschlagene Tagesordnung                       | S. 02 |
| - Vorgeschlagene Geschäftsordnung                   | S. 03 |
| - Rechenschaftsbericht des Juso-Bezirksvorstandes   | S. 05 |
| - Gleichstellungsbericht des Juso-Bezirksvorstandes | S. 07 |
| - Anträge   | S. 08 |

Sozialistische Grüße

  
Felix Fleckenstein  
Bezirksvorsitzender

## Vorgeschlagene Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden
2. Begrüßung durch den ausrichtenden Unterbezirk
3. Wahl eines Tagungspräsidiums
4. Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission
5. Beschluss über Geschäfts- und Tagesordnung
6. Grußworte
7. Berichte
  - a. Rechenschaftsbericht
  - b. Gleichstellungsbericht
  - c. Finanzbericht
  - d. Bericht der Juso-Vertretung im SPD-Bezirksvorstand
  - e. Aussprache zu den Berichten
8. Entlastung des Vorstandes
9. Vorstellung des Arbeitsprogramms
10. Abstimmung des Arbeitsprogrammes
11. Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
12. Wahl des/der Vorsitzenden
13. Beschluss über die Anzahl der StellvertreterInnen
14. Wahl der StellvertreterInnen
15. Wahl des/der VertreterIn im SPD-Bezirksvorstand
16. Wahl der Delegierten zur Landeskonferenz der Jusos Bayern
17. Antragsberatung
18. Verabschiedung der scheidenden Mitglieder des Bezirksvorstandes
19. Schlusswort des/der Bezirksvorsitzenden

## **Vorgeschlagene Geschäftsordnung**

1. Stimmberechtigt sind die gewählten Delegierten der Unterbezirke. Die unterfränkischen Mitglieder des Landesvorstandes nehmen mit beratender Stimme und Antragsrecht teil.
2. Die Bezirkskonferenz ist beschlussfähig, wenn zu Beginn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend ist.
3. Wahlen erfolgen durch geheime Abstimmung entsprechend der Wahlordnung der SPD und den Richtlinien der Juso-Bezirksarbeitsgemeinschaft. KandidatInnenvorschläge für die Wahlen sind bis 12:00 Uhr schriftlich beim Präsidium einzureichen.
4. Beschlüsse der Bezirkskonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit es die Arbeitsrichtlinien nicht anders vorschreiben.
5. Personenwahlen finden grundsätzlich geheim statt. Dies gilt nicht für Empfehlungen zur Wahl in den Juso-Landesvorstand.

## **Antragsberatung**

6. Änderungsanträge und Initiativanträge sind schriftlich beim Präsidium einzureichen. Initiativanträge werden nur behandelt, wenn sie von mindestens 8 Delegierten aus mindestens zwei Unterbezirken unterstützt werden. Ende der Einreichungsfrist für Initiativ- und Änderungsanträge ist 13:30 Uhr.
7. Antragsberatungen sind in folgender Reihenfolge durchzuführen:
  1. Einbringung des Antrags
  2. Generaldebatte zum Antrag
  3. Beratung von vorhandenen Änderungsanträgen
  4. Abstimmung über den geänderten Gesamtantrag
8. Änderungsanträge sind so aufzurufen, dass die weitergehenden Änderungsanträge zuerst beraten werden. Wird ein Änderungsantrag nicht von dem/der AntragsstellerIn des Gesamtantrages übernommen, findet eine Änderungsantragsdebatte mit anschließender Abstimmung über den Änderungsantrag statt.
9. Zu Anträgen sind folgende Verfahrensanträge zulässig:
  1. Antrag auf Rücküberweisung an die antragsstellende Gliederung
  2. Antrag auf Überweisung
  3. Antrag auf Nichtbefassung
10. Verfahrensanträge sind nach dem Abschluss der Debatte vor der Abstimmung über den Gesamtantrag zu behandeln, sofern sie nicht ausdrücklich als Antrag auf Nichtbefassung gestellt werden.
11. Persönliche Bemerkungen sind nur nach Beendigung der Abstimmung zulässig. Zu persönlichen Bemerkungen ist keine Aussprache zulässig.

## **Anträge zur Geschäftsordnung**

12. Zulässige Geschäftsordnungsanträge sind:

1. Antrag auf Schluss der Redeliste
2. Antrag auf sofortige Beendigung der Debatte
3. Antrag auf Fortsetzung der Debatte
4. Antrag auf Verkürzung der Redezeit
5. Antrag auf sofortige Abstimmung
6. Antrag auf geheime Abstimmung
7. Antrag auf Neuauszählung der Stimmen
8. Antrag auf Nichtbehandlung eines Tagesordnungspunktes

13. Geschäftsordnungsanträge können zu jedem Zeitpunkt gestellt werden. Bei Geschäftsordnungsanträgen kann je einE RednerIn für und gegen den Antrag sprechen. Die Redezeit ist auf zwei Minuten beschränkt. Gibt es zu einem Geschäftsordnungsantrag keine Gegenrede, gilt dieser als angenommen.

14. Vor der Abstimmung eines Antrags auf Schluss der Redeliste oder sofortige Beendigung der Debatte ist die Redeliste zu verlesen. Weitere Meldungen für die Redeliste werden erst nach der Abstimmung entgegengenommen.

### **Redeliste**

15. Auf der Bezirkskonferenz haben alle JungsozialistInnen und geladene Gäste das Rederecht. Wortmeldungen sind beim Präsidium schriftlich einzureichen. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

16. Die RednerInnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Meldungen das Wort, sofern hierdurch den Erfordernissen der quotierten Redeliste Rechnung getragen wird. Den Mitgliedern des Vorstandes ist während der Aussprache über ihre Berichte auf Verlangen außer der Reihe das Wort zu erteilen. Sie sind dabei an die Redezeit gebunden.

17. Wird ein Antrag, Beschlussvorschlag oder Bericht durch einen Mann eingebracht und gibt es danach weibliche und männliche Wortmeldungen, wird zuerst einer Frau das Wort erteilt. Das Geschlecht der einbringenden Person wird jedoch nicht bei der weiteren Quotierung der Redeliste beachtet.

18. Die Redeliste auf der Bezirkskonferenz ist quotiert. Steht nach dem Redebeitrag eines Mannes keine Frau auf der Redeliste, ist die Debatte beendet. Es kann durch eine Frau ein Geschäftsordnungsantrag auf Fortsetzung der Debatte gestellt werden. Die Gegenrede einer Frau hat Vorrang.

Findet der Antrag auf Fortsetzung der Debatte die Mehrheit oder erfolgt keine Gegenrede, wird die Debatte fortgeführt. Steht nach dem Redebeitrag eines Mannes keine Frau auf der Redeliste, ist die Debatte dann beendet, wenn seit dem letzten Antrag auf Fortführung der Debatte zwei Redner das Wort hatte.

Hat seit der letzten Fortsetzung der Debatte keine Frau in der Debatte gesprochen, sind in der Abstimmung über einen Antrag auf abermalige Fortsetzung nur Frauen stimmberechtigt.

Ein Antrag auf Schluss der Debatte ist unzulässig, bevor bei der Fortsetzung der Debatte wenigstens eine Rednerin das Wort hatte. Zwischen Gegenrede und der Abstimmung auf Fortsetzung der Debatte sind Wortmeldungen unzulässig.

## **Rechenschaftsbericht des Juso-Bezirksvorstandes**

### **Allgemeine Arbeit des Bezirksvorstandes**

Es ist gelungen, die Strukturen des Bezirksvorstandes zu festigen und regelmäßige Sitzungen mit reger Beteiligung durchzuführen. In der Legislaturperiode 2015/16 fanden insgesamt acht Bezirksvorstandssitzungen, jeweils im Besprechungsraum der SPD-Geschäftsstelle in Würzburg, statt. Zur Kommunikation und effektiven Arbeitsweise wurden E-Mail-Verteiler und ein Online-Speicher für die Daten des Bezirksvorstandes eingerichtet. Das neue Corporate Design des Juso-Landesverbandes wurde auf die Jusos Unterfranken angepasst und verwendet. Auch die Website wurde verstärkt genutzt.

Der Diskussionsprozess über die Rolle des Bezirksverbandes und -vorstandes konnte nicht wie geplant durchgeführt werden, da die im Arbeitsprogramm vorgesehene Klausurtagung aus finanziellen Gründen nicht stattfand.

Die angestrebte Vernetzung mit anderen AkteurInnen der Jugendpolitik wurde angestoßen. Dazu fanden Gespräche mit einzelnen VertreterInnen anderer Jugendparteien statt.

### **Teilnahme an Veranstaltungen des Bezirksjugendrings Unterfranken**

Der Vorstand hat sich intensiv für den aktiven Kontakt zum Bezirksjugendring Unterfranken eingesetzt.

So nahmen die Jusos Unterfranken an den Tagungen des Frühjahrs- und Herbstausschusses des Bezirksjugendrings teil. Zudem waren die Jusos Unterfranken beim Jugendempfang des Bezirksjugendrings vertreten, welcher sein 60-jähriges Bestehen feierte.

### **Durchgeführte Veranstaltungen**

Am 16.05.2015 beteiligten sich die Jusos Unterfranken am in Würzburg stattfindenden „Marijuana March“. Diese Unterstützung wurde auch medial aufgegriffen.

Am 11. Juli fand ein vom Bezirksvorstand veranstalteter Thementag zum Thema „Feminismus“ statt.

Die Jusos Unterfranken beteiligten sich an der Kampagne und Bustour der Jusos Bayern. Am 06. Und 07. Juni befand sich der Bus in Schweinfurt, dort in der Innenstadt und an einem Badensee. Am 20. Juni wurde das Kampagnenfahrzeug am unteren Markt in Würzburg bespielt. Am 23. Juni wurde der Hochschulwahlkampf der Juso-Hochschulgruppe Würzburg unterstützt. Vom 24.-26. Juli befand sich das Fahrzeug beim Juso-Kreisverband Miltenberg.

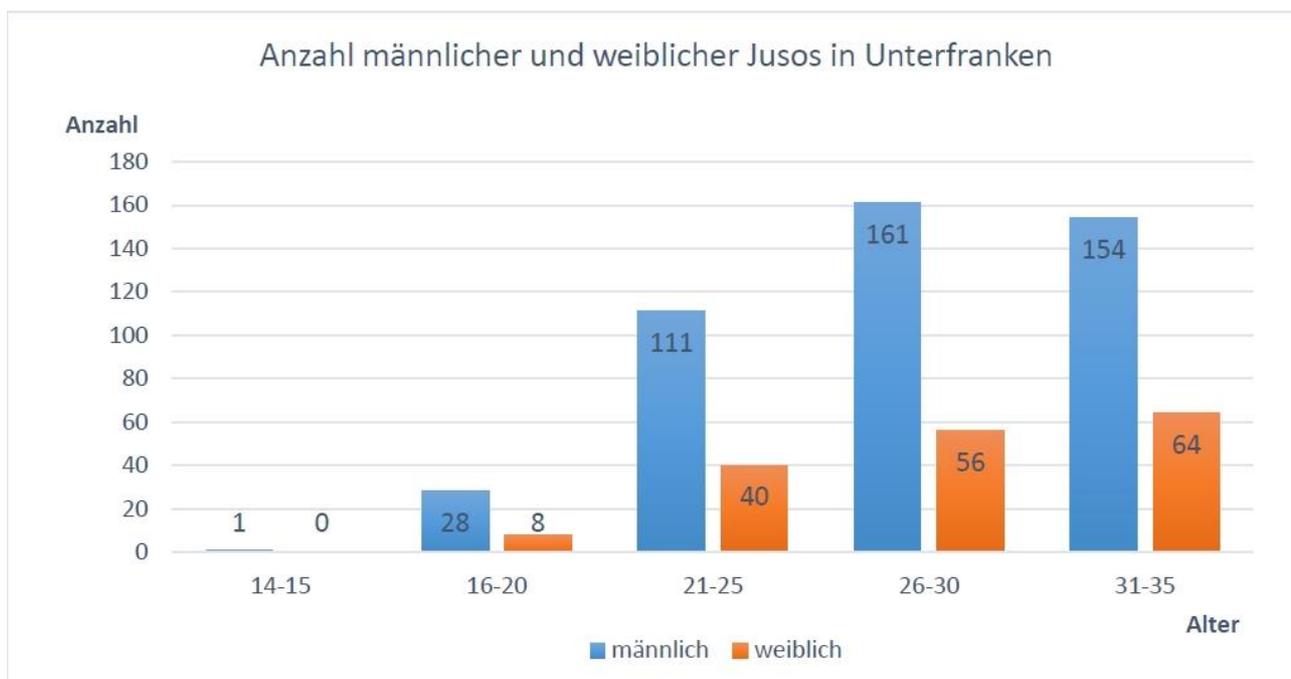
### **Teilnahme an Konferenzen**

Delegationen der Jusos Unterfranken nahmen an beiden 2015 stattgefundenen Landeskonferenzen der Jusos Bayern teil. Erfreulich war das vorbildliche Auftreten der unterfränkischen Delegation an der Herbst-Landeskonferenz der Jusos Bayern. Dazu fand jeweils eine Delegationsvorbesprechung in Würzburg, am 12. April und am 26. September, statt. Auf Landesebene waren die Jusos Unterfranken erfolgreich, Laura Wallner und Daniel Mann wurden mit guten Ergebnissen in den Landesvorstand der Jusos, Laura Wallner weiterhin in den Landesvorstand der SPD gewählt.

Bemerkenswert und erfreulich ist, dass am Juso-Bundeskongress fünf Jusos aus Unterfranken als Delegierte teilnahmen. Weiterhin haben Mitglieder der Jusos Unterfranken intensiv in der Frauenkommission der Jusos Bayern mitgearbeitet.

## Gleichstellungsbericht des Juso-Bezirksvorstandes

Im Bezirk Unterfranken sind derzeit 6.835<sup>1</sup> Parteimitglieder der SPD gemeldet, wovon 4.795 männlich und 2040 weiblich sind. Das entspricht einem Anteil an weiblichen Mitgliedern in der Unterfranken SPD von etwa 29,8%. Jusos sind wir in Unterfranken 623, wovon 455 männlich und 168 weiblich sind; bei uns Jusos Unterfranken beträgt der Frauenanteil also nicht einmal 27%, der Anteil der weiblichen Mitglieder liegt bei den Jusos sogar noch unter dem der SPD.



Innerhalb der Jusos Unterfranken ist dieses Missverhältnis zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern über alle Altersgruppen hinweg sehr deutlich zu erkennen; von unserem Zielwert von 50% sind wir in allen Altersklassen weit entfernt. Besonders ausgeprägt ist der Unterschied in der Gruppe der unter 20-Jährigen: Hier liegt der Frauenanteil gerade einmal bei 21,6%.

Am höchsten ist der Frauenanteil bei uns in der Gruppe der 31- bis 35-Jährigen; mit einem Anteil von 29,4% erreicht aber auch dieser Wert nicht einmal den in Unterfranken herrschenden innerparteilichen Durchschnitt.

Die vorsitzende Person der Jusos Unterfranken ist männlich. Der Bezirksvorstand, der mit vier Stellvertreterinnen und drei Stellvertretern besetzt ist, ist damit zu 50% quotiert.

Sich für die Gleichstellung von Mann und Frau einzusetzen, ist für uns Jusos seit eh und je eine Selbstverständlichkeit. Im vergangenen Jahr bot der Vorstand der Jusos Unterfranken ein eintägiges Grundlagenseminar zum Feminismus an. Ebenfalls wurde die Arbeit der Frauenkommission der Jusos Bayern unterstützt.

<sup>1</sup> Diese und die folgenden Zahlen beziehen sich auf den Stichtag 31.12.2015.

## Anträge

<b>A) Arbeitsprogramm</b>	09
<b>G) Gesellschaft und Asyl</b>	
1) Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des Bildungssystems!	11
2) Die Festung Europa einreißen - Fluchtwege legalisieren – SchlepperInnen das Handwerk legen	14
3) Einwanderungsgesetz? – Ja, aber richtig!	16
4) Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Für einen neuen sozialdemokratischen Gesellschaftsentwurf!	19
5) Für ein Umdenken in der Verbotspolitik!	24
6) Nachvollziehbare Kriterien für sichere Herkunftsstaaten	28
7) Netzneutralität	30
<b>W) Wirtschaft, Arbeit und Steuern</b>	
1) Anpassung des Mindestlohngesetzes	32
2) Besteuerung von Kerosin für gewerbliche Flüge	33
3) Dieselbesteuerung	36
4) Digitalisierung der Arbeitswelt	37
<b>I) Innerparteiliches</b>	
1) Antragsdatenbank	41
2) Änderung der Richtlinien der Jusos Unterfranken: Aufgaben	42
3) Änderung der Richtlinien der Jusos Unterfranken: Redeliste	43

## 1 **A) Arbeitsprogramm**

2 Antragsstellende Gliederung: Bezirksvorstand

3 AdressatInnen: /

4

5

6 Wir Jusos Unterfranken wollen uns im Jahr 2016 nicht mit uns selbst beschäftigen - wir wollen  
7 eine Austauschplattform für junge Menschen in Unterfranken werden, die in der SPD und auch  
8 außerhalb unserer Partei für eine solidarische Gesellschaft kämpfen. Wir wollen Netzwerke  
9 schaffen, um einerseits innerparteilich mehr Einfluss zu gewinnen und andererseits mit  
10 Verbündeten in Unterfranken effektiv unsere Ziele vor Ort zu verwirklichen.

### 11 **Allgemeine Arbeit des Bezirksvorstandes**

12 Im kommenden Jahr gilt es die erfolgreiche Arbeit des Jahres 2015 fortzusetzen. Die regelmäßigen  
13 Sitzungen des Bezirksvorstandes sollen fortgeführt werden. Die Strukturen des  
14 Bezirksvorstandes konnten im Jahr 2015 durch häufige Treffen gefestigt werden. Die Zahl der  
15 Sitzungen des Bezirksvorstandes wollen wir daher reduzieren und uns nur noch im Abstand von  
16 zwei Monaten treffen. Unsere Finanzmittel wollen wir stärker dafür nutzen, anlassbezogene  
17 Vorbereitungen zu Parteitagen und Konferenzen durchzuführen und eine  
18 eigenverantwortlichere Arbeit der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden zu ermöglichen.

19 Ebenso werden wir versuchen, die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft  
20 sozialdemokratischer Frauen zu stärken.

21 Auch 2016 sollen wieder Vorbereitungen zu den Landeskonferenzen der Jusos stattfinden.  
22 Ebenso wollen wir die Delegierten im Juso-Alter zum Bezirksparteitag miteinander in Austausch  
23 bringen, um auch auf dieser Ebene für unsere Ziele zu kämpfen.

24 Wir werden verschiedene Konzepte zur Förderung weiblicher Mitglieder analysieren und  
25 diskutieren, welche sich auf unsere Strukturen anwenden lassen. Gemeinsam werden wir  
26 debattieren, ob es von uns beeinflusste oder beeinflussbare Umstände gibt, die insbesondere  
27 weiblich sozialisierte Menschen von uns fernhalten und überlegen, wie wir diese Umstände  
28 ändern können. Außerdem werden wir darüber sprechen, wie wir unsere Mitgliederwerbung für  
29 weiblich sozialisierte Menschen ansprechender gestalten können.

30 Die Vernetzung mit dem Bezirksjugendring und den anderen Jugendparteien Unterfrankens soll  
31 fortgeführt werden. Als langfristiges Ziel wird die Gründung eines Rings politischer Jugend auf  
32 Bezirksebene verfolgt. Auch im kommenden Jahr werden wir uns in der Frauenkommission der  
33 Jusos Bayern einbringen.

### 34 **Durchführung von Veranstaltungen**

35 Im Jahr 2015 hat sich gezeigt, dass klassische Tagesveranstaltungen des Bezirksvorstandes  
36 aufgrund der weiten Wege im Bezirk eher spärlich besucht werden. Diese Basisarbeit scheint  
37 einerseits vor Ort in den Unterbezirken aufgrund der persönlichen und regionalen Nähe,  
38 andererseits im Landesverband aufgrund der Möglichkeiten des Landesverbandes, große,  
39 mehrtägige Seminare und Konferenzen mit ausgezeichneten ReferentInnen zu organisieren,  
40 besser zu funktionieren.

- 1 Wir wollen schnell auf Entwicklungen reagieren. Veranstaltungen mit langen Vorlaufzeiten sind  
2 dafür nicht der richtige Weg. Wir wollen ein neues Veranstaltungsformat ausprobieren, bei dem  
3 wir junge Menschen mit starken Meinungen zusammenbringen und in lockerem Rahmen ohne  
4 festes Programm Gedanken zu einem Thema austauschen. Unsere Arbeit muss unbürokratischer  
5 und dezentraler werden.
- 6 Nicht der gesamte Bezirksvorstand soll bei der Vorbereitung dieser Veranstaltungen einbezogen  
7 werden, die stellvertretenden Bezirksvorsitzenden können eigenverantwortlich die Infrastruktur  
8 des Bezirksverbandes nutzen, um vor Ort mit Jusos und jungen Menschen zu diskutieren. Diese  
9 Veranstaltungen sollen nicht lange auf den Bezirksvorstandssitzungen geplant werden, sondern  
10 kurzfristig auf Initiative der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden ins Leben gerufen werden. Die  
11 Koordination dieses Formats soll vor allem elektronisch erfolgen.
- 12 Bei diesen Veranstaltungen sollen keine großen, verschriftlichten Konzepte vermittelt werden  
13 oder entstehen. Wir Jusos Unterfranken wollen dagegen zeigen, dass wir klare Meinungen haben,  
14 für unsere Meinung einstehen und offen für neue Ideen sind.
- 15 Das neue Veranstaltungsformat gibt den stellvertretenden Bezirksvorsitzenden mehr  
16 Verantwortung und mehr Möglichkeiten, ihre eigenen Ideen unbürokratisch umzusetzen und  
17 kann auch bei der Wiederbelebung von Regionen helfen, bei denen es auf lokaler Ebene keine  
18 formalisierten Strukturen mehr gibt. Auch diese dezentrale Veranstaltungen wollen wir aber  
19 bezirkswweit bewerben.
- 20 Für das Jahr sind zwei Berlinfahrten im Rahmen von Abgeordnetenfahrten des Bundespresseamts  
21 in den Zeiträumen 19.06.-22.06. und 28.08.-31.08. geplant. Die Anmeldung zu diesen  
22 Veranstaltungen ist aufgrund der langen Fristen bereits abgeschlossen.
- 23 Nach Möglichkeit soll im Sommer ein bezirkswweites Juso-Frauenplenum stattfinden. Im Herbst  
24 kann ein größerer Thementag der Jusos Unterfranken mit intensiver Betreuung und eingeladenen  
25 ReferentInnen.
- 26 Sollte es zu einer Fortführung der Landesverbandskampagne kommen, werden sich die Jusos  
27 Unterfranken auch 2016 weiterhin an dieser beteiligen.
- 28

# 1 **G1) Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des** 2 **Bildungssystems!**

3 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Würzburg-Stadt

4 AdressatInnen: SPD BezPT, SPD LPT, SPD BPT, Juso Lako, Juso Buko

5

6

7 Ein gutes und sozial gerechtes Bildungssystem ist die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe des  
8 Staates und würde für eine erhebliche Verbesserung im Leben vieler junger Menschen sorgen,  
9 doch leider kommt der Staat dieser Aufgabe oft nicht nach und gibt sie stattdessen in private Hand.  
10 Dies beginnt bereits bei den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Per Gesetz besteht zwar  
11 seit 2013 für jedes Kind ab einem Alter von einem Jahr ein Rechtsanspruch auf einen  
12 Betreuungsplatz. Dennoch wird dieser Anspruch bis heute nicht erfüllt, weil die entsprechenden  
13 Kapazitäten nicht bereit gestellt werden.

14 Das Bildungssystem ist vollkommen unterfinanziert. Das Recht auf gute Bildung, die  
15 gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Teilhabe ermöglicht, ist ein Menschenrecht und  
16 darf als solches nicht von fiskalen „Sachzwängen“ abhängig gemacht und in private Hände  
17 abgegeben werden. Wir wollen eine bessere finanzielle Ausstattung des Bildungssystems, um so  
18 ein qualitativ hochwertiges und gerechtes Bildungssystem zu ermöglichen.

19

20 Deshalb fordern wir:

21

## 22 **Freier Zugang zu Bildungseinrichtungen**

23 Von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule müssen Bildungsbarrieren abgebaut werden.  
24 Der Bund muss die Länder und Kommunen mit ausreichend Geld ausstatten, damit diese genug  
25 qualitativ hochwertige Krippen- und KiTa-Plätze, Schulen sowie Studienplätze finanzieren  
26 können, damit jeder und jede die Bildung bekommt, die er oder sie möchte. Gerade private  
27 Bildungseinrichtungen erheben Gebühren und sind hoch selektiv. Die Chance auf Bildung darf  
28 nicht von der finanziellen Situation oder dem gesellschaftlichen Stand des Elternhauses abhängig  
29 sein. Wir lehnen jegliche Art von Bildungsgebühren ab.

30 Wir fordern außerdem, dass Programme zur Elitenförderung, wie das Deutschlandstipendium,  
31 ersetzt werden durch Förderprogramme für sozial Benachteiligte, damit ein gerechter und freier  
32 Zugang zu Bildungseinrichtungen für alle möglich ist.

33

## 34 **Unabhängige Bildungseinrichtungen**

35 Ziel von Bildung ist es auch, zu lernen, unabhängig und kritisch zu sein. Das funktioniert nicht,  
36 wenn Bildungseinrichtungen in die Abhängigkeit von privaten Unternehmen geraten, weil diese  
37 sie sponsern. Private Finanziere dürfen keinen direkten oder indirekten Einfluss auf  
38 Stundenpläne, Bildungsinhalte oder grundsätzliche Ausrichtungen von Bildungseinrichtungen  
39 haben. Auch Weiterbildungsmöglichkeiten müssen allen Menschen kostenfrei zur Verfügung  
40 stehen. Wir setzen uns für lebenslanges Lernen ein, das allen Menschen unabhängig ihrer

1 finanziellen Stellung möglich ist. Daher bleiben wir bei der Forderung nach absoluter  
2 Lehrmittelfreiheit.

3 Außerdem muss Bildung einer zivilen und friedlichen Gesellschaft verpflichtet sein. Militär hat an  
4 Schulen und Hochschulen nichts zu suchen! Deswegen fordern wir die Einführung der Zivilklausel  
5 in allen Hochschulen.

6

### 7 **Kooperationsverbot abschaffen!**

8 Überfüllte Klassen, marode Bauten, in denen unterrichtet wird und mangelhafte  
9 Unterrichtsversorgung sind Alltag im deutschen Schulsystem; der Grund dafür ist die permanente  
10 Unterfinanzierung der Bildungsinstitutionen. Um eine ausreichende Finanzierung der Bildung  
11 sicherzustellen, genügt es nicht, dass sich nur die Länder an den Kosten beteiligen, auch der Bund  
12 muss sie wesentlich mitfinanzieren, da diesem erheblich größere finanzielle Mittel zur Verfügung  
13 stehen. Daher muss das Kooperationsverbot für den gesamten Bildungsbereich aufgehoben  
14 werden.

15

### 16 **Wettbewerb um finanzielle Mittel entgegenreten**

17 Auf dem Weg hin zu einem gerechten Bildungssystem müssen wir weg von einem anreiz- und  
18 wettbewerbsorientierten System. Der Wettbewerb zwischen Bildungseinrichtungen  
19 untereinander lähmt den Bildungsbetrieb. Gerade im Hochschulbereich leiden am Ende die  
20 Qualität der Lehre und Forschung. Gute Bildung entsteht unserer Meinung nach nur dann, wenn  
21 die Rahmenbedingungen stimmen. Staatliche Bildungseinrichtungen dürfen sich nicht an  
22 Prestigeprojekten aufhängen, sondern müssen dazu befähigt werden, sich auf ihre  
23 Kernkompetenzen zu konzentrieren. Außerdem muss der Einfluss marktwirtschaftlicher  
24 Unternehmen an Hochschulen deutlich eingeschränkt werden. Drittmittelfinanzierung von Lehre  
25 und Forschung lehnen wir ab!

26

### 27 **Kommunen besser finanzieren**

28 Kommunen müssen besser finanziert werden, damit diese Bibliotheken, staatliche Museen und  
29 andere staatliche Kultureinrichtungen erhalten und den Bürgerinnen und Bürgern freien Zugang  
30 ermöglichen können.

31 Zudem müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um Schließungen von kleinen  
32 Schulen aus Geldmangel zu verhindern und marode Schulbauten zu sanieren. Lange Schulwege  
33 dürfen kein Hinderungsgrund für weiterführende oder höhere Bildung sein. Gerade in  
34 ländlicheren Regionen sind Schulen ein wichtiger Anker und können strukturschwachen  
35 Regionen Auftrieb geben. Die bayerische Staatsregierung sollte vielleicht besser Geld in die  
36 Finanzierung der Schulen stecken, statt staatliche Behörden und andere Einrichtungen ohne Plan  
37 und Konzept in die Peripherie zu verlagern.

38

### 39 **Inklusive Bildung ermöglichen**

40 Wir wollen Inklusion, weil wir die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft gewährleisten  
41 wollen. Deshalb müssen wir alle Barrieren, wie insbesondere soziale, infrastrukturelle und  
42 finanzielle, beseitigen und überwinden. Zudem muss Inklusion zur Selbstverständlichkeit

1 werden. Alle Bildungsstätten müssen barrierefrei werden. Alle Menschen, die in  
2 Bildungseinrichtungen arbeiten, müssen entsprechend geschult werden.

3 Wir brauchen Vielfalt im Bildungssystem, die private Bildungsanbieter nicht gewährleisten. So  
4 nehmen beispielsweise einige Privatschulen nur Jungen oder Mädchen auf, oder nur Kinder einer  
5 bestimmten Konfession. Nur wenn Menschen egal welcher Hautfarbe, welchen Geschlechtes,  
6 welcher Herkunft, welcher Sexualität, welchen Glaubens oder welchen Einkommens miteinander  
7 lernen sind Inklusion und Integration verwirklicht.

8

### 9 **Ein solidarisches Steuersystem schaffen!**

10 Um den steigenden Finanzbedarf des Bildungsbereiches zu decken, braucht es Reformen auf der  
11 staatlichen Einnahmeseite. Eine Steuerreform, die hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften  
12 stärker in die Pflicht nehmen und niedrige Einkommen entlasten, ist überfällig. Eine solidarische  
13 Bildungsfinanzierung wie wir sie uns vorstellen, muss staatlich und solide sein, denn Bildung ist  
14 der Motor und Antrieb einer Gesellschaft.

15 Bildung war, ist und wird der Garant für Wohlstand auf der ganzen Welt. Sie ist unser wichtigster  
16 Rohstoff und sowohl Exportschlager als auch Magnet für schlaue Köpfe aus aller Welt. Demzufolge  
17 ist eine ausreichende Finanzierung unabdingbar. Im internationalen Vergleich sind die deutschen  
18 Bildungsausgaben verschwindend gering.

19 Der Staat darf im Bereich der Bildung keine Verantwortung aus der Hand geben, dazu ist dieses  
20 Ressort einfach viel zu wichtig!

21

22

## 1 **G2) Die Festung Europa einreißen - Fluchtwege legalisieren -** 2 **SchlepperInnen das Handwerk legen**

3 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Würzburg-Stadt

4 AdressatInnen: SPD BezPT, SPD LPT, SPD BPT, Juso Lako, Juso Buko

5

6

7 Es vergeht keine Woche, in der nicht Bilder von Menschen in Seenot vor den Küsten  
8 Europas durch die Nachrichten gehen. Meist müssen sich diese Menschen in die Hände  
9 skrupelloser Schlepper begeben. Meist reicht das Geld der Familien nur für eine Person,  
10 weshalb hier in Europa dreiviertel der ankommenden Flüchtlinge männlich sind. Das hat  
11 zur Folge, dass Familien oft Monate oder sogar Jahre getrennt sind, was eine zusätzliche  
12 Belastung für die Geflüchteten darstellt. Die neueren Entwicklungen und Entscheidungen  
13 der europäischen Regierungen zeigen, dass die Betroffenheitsbekundungen nur  
14 Lippenbekenntnisse sind. Die neu errichteten Grenz-Zäune und -Kontrollen zeigen ein  
15 abweisendes statt einladendes Bild für hilfeschuchende Menschen. Dies muss umgehend  
16 wieder beendet werden, denn wer um sein Leben fürchtet, egal aus welchem Grund, wird  
17 sich nicht durch Zäune und Kontrollen abhalten lassen. Stattdessen ist diese Art der Flucht  
18 und Migrationspolitik verantwortlich dafür, dass Menschen auf den Fluchtrouten  
19 innerhalb und nach Europa sterben. Es ist Handeln gefragt um sichere Fluchtwege zu  
20 schaffen und das Konjunkturprogramm für Schlepper zu beenden. Beispielsweise gibt es  
21 seit einiger Zeit ein UNHCR-Programm, das sog. „Resettlement-Programm“, um syrische  
22 Geflüchtete aus den überfüllten Geflüchtetenlagern direkt in sichere Länder einzufliegen.  
23 Der Vorteil liegt klar darin, dass so der lukrative Markt für SchlepperInnen trocken gelegt  
24 wird, da es dann einen legalen, schnellen und sicheren Fluchtweg für hilfeschuchende  
25 Menschen in sichere Länder gibt. Leider sind die Kontingente im Vergleich zu der Anzahl  
26 der hilfeschuchenden Menschen in den Geflüchtetenlagern allein für syrische Geflüchtete  
27 nicht ausreichend. Statt Geld in sinnlose Abschottungsmaßnahmen wie Grenzzäune oder  
28 auch die Organisation FRONTEX zu stecken, sollte man das Geld in dieses Programm  
29 stecken und ausbauen, um auch Menschen aus anderen Krisenregionen zu unterstützen.

30

31 Daher fordern wir:

32

- 33 • Ausbau des Resettlement-Programms und die Schaffung sicherer Fluchtwege  
34 durch weitere Flug- und Schiffslinien oder auf dem Landweg, um auf legalem Weg mehr  
35 Menschen aus Krisensituationen nach Europa zu bringen. Es muss auch ermöglicht  
36 werden dass Familien gemeinsam einreisen und nicht getrennt werden.
- 37 • Die Möglichkeit in den Herkunftsländern in Botschaften Asyl zu beantragen.
- 38 • Die Abschaffung von FRONTEX und die Unterstützung von Programmen, die  
39 tatsächlich zur Rettung von Geflüchteten auf dem Mittelmeer und nicht zur Abschottung  
40 Europas eingesetzt werden. Keine weitere Aushöhlung des Asylrechtes durch die

- 1 Ernennung von sicheren Herkunftsländern, und Rücknahme der bestehenden Regelungen
- 2 bzw. Abschaffung des Prinzips der sicheren Herkunftsstaaten.
- 3 • Rücknahme der beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung zur Wieder-
- 4 Einführung des Sachleistungsprinzips.
- 5 • Rückbau der Grenzzäune in Europa und Einsatz der Bundesregierung für eine
- 6 gemeinsame europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik, die eine menschenwürdige
- 7 Unterbringung und Behandlung der Geflüchteten beinhaltet und entsprechende
- 8 Standards festsetzt.
- 9 • Investitionen von min. 0,7% des BIPs in Entwicklungszusammenarbeit um
- 10 Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, sowie aktiven politischen Einsatz um
- 11 Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen.
- 12 • Entkriminalisierung von unentgeltlicher Fluchthilfe, die ausschließlich der
- 13 Unterstützung von Geflüchteten dient.
- 14
- 15

## 1 **G3) Einwanderungsgesetz? – Ja, aber richtig!**

2 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Würzburg-Stadt

3 AdressatInnen: SPD BezPT, SPD LPT, SPD BPT, Juso-Lako, Juso Buko

4

5

### 6 **Einwanderung erleichtern**

7 Ein modernes Einwanderungsgesetz, man könnte es auch Integrationsgesetz nennen, soll  
8 nicht dazu beitragen Deutschland und Europa weiter abzuschotten und unseren  
9 Arbeitsmarkt zu „schützen“. Es soll Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer –  
10 nach Deutschland kommen wollen, die Möglichkeit geben, dies legal zu tun und dabei auch  
11 noch die größtmögliche Unterstützung bei der Integration und dem Aufbau eines neuen  
12 Lebens geben.

13 Wir Jusos sind der Überzeugung, dass es in der Einwanderungs- und Integrationspolitik  
14 einen Perspektivwechsel braucht. Die bisherige Politik, die vor allem auf Abschottung  
15 setzt und darauf abzielt Menschen, die hier Asyl suchen möglichst schnell abzuschieben,  
16 ist gescheitert. Notwendig sind ein verbesserter Schutz von verfolgten Menschen, die  
17 Schaffung eines umfassenden Integrationsangebotes und der Abbau von  
18 Integrationshürden. Es ist deswegen gut und richtig, dass die SPD Bundestagsfraktion das  
19 Thema Einwanderung in den Fokus rückt. Um ein Einwanderungsgesetz zu gestalten, das  
20 unseren sozialdemokratischen Ansprüchen genügt, braucht es eine breite Diskussion  
21 innerhalb der SPD. Es muss aus unserer Sicht deswegen folgenden Punkten entsprechen:

22

### 23 **Kein Punktesystem**

24 Ein Punktesystem nach kanadischem oder australischem Vorbild, das eine Einwanderung  
25 von Menschen an ihr Alter, ihren Bildungsstand, ihre Herkunft oder eine  
26 Arbeitsplatzzusage knüpft, lehnen wir entschieden ab. Ein neues Einwanderungsgesetz  
27 darf Menschen nicht nach der Nützlichkeit für die deutsche Wirtschaft beurteilen. Denn  
28 zum einen ist die Suche nach einem Arbeitsplatz bei Weitem nicht der einzige Grund,  
29 warum Menschen nach Deutschland immigrieren wollen und zum anderen widerspricht  
30 die Beurteilung von Menschen nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit unserem  
31 sozialdemokratischen Menschenbild. Der Glaube, man könne Engpässe auf dem  
32 Arbeitsmarkt mit restriktiver und begrenzender Zuwanderungspolitik entgegenwirken  
33 ist falsch und macht Menschen zu gesichtslosen Kalkulationsgrößen, die man wie alle  
34 anderen Rohstoffe auch nach Belieben importieren bzw. exportieren kann. Und gibt es  
35 plötzlich einen Überschuss in einer Berufsbranche, werden Visa nicht verlängert, die  
36 Einreisehürden z.B. für Angehörige verschärft und damit Familien auseinandergerissen  
37 und Lebenspläne zerstört. Und das alles nur zum Wohle der deutschen Wirtschaft.

38 Zudem zementiert das Abwerben von hochqualifizierten Arbeitskräften die globale  
39 Ungleichheit und schränkt deren Herkunftsländer in ihrer Entwicklung ein. Die Grenzen  
40 Deutschlands und Europas müssen offen sein für alle Menschen, nicht nur für besonders

1 Wohlhabende oder Gebildete. Jeder und jede die oder der dauerhaft in Deutschland leben  
2 möchte, sollte auch ein uneingeschränktes Bleiberecht bekommen.

3

#### 4 **Wahlrecht**

5 Wir Jusos setzen uns für das aktive und passive Wahlrecht für all jene ein, die ihren  
6 Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Integration heißt für uns Jusos,  
7 Chancengleichheit und Teilhabe für alle Menschen in diesem Land herzustellen –  
8 unabhängig von ihrer Herkunft. Dass Menschen, die hier geboren sind oder schon lange  
9 hier leben auf Grund ihrer Staatsangehörigkeit kein Wahlrecht haben, ist deshalb ein  
10 Skandal und für den Integrationsprozess sehr schädlich. Nur wer politisch mitgestalten  
11 kann, hat auch die Chance zur Identifikation! Deshalb muss das Recht zu wählen von der  
12 Staatsbürgerschaft losgelöst und rein an den Wohnort gekoppelt werden. Wer in  
13 Deutschland lebt, darf auch in Deutschland wählen.

14

#### 15 **Verpflichtung zum Schutz vor Verfolgung und Vertreibung wahrnehmen**

16 Deutschland ist verpflichtet Menschen, die vor Kriegen, politischer Verfolgung oder  
17 Hunger und Elend flüchten mussten, Schutz zu gewähren. Die derzeitigen Regelungen und  
18 die Rechtsstellung der Geflüchteten führen vielfach zu einer menschenunwürdigen  
19 Behandlung. Menschen, die fliehen mussten brauchen Ruhe und Verständnis und dürfen  
20 nicht abgewiesen oder abgeschoben werden. Wir fordern die Wiederherstellung des  
21 Grundrechts auf Asyl und kämpfen gegen die Illegalisierung von Geflüchteten, gegen  
22 Abschiebungen, gegen jede Form von Sondergesetzen, wie die Residenzpflicht sowie  
23 gegen Sammellager.

24

#### 25 **Integrationshürden abbauen**

26 Die jetzigen Zuwanderungsregeln sind zu komplex und machen die Integration von  
27 Einwanderungswilligen sehr schwer. Beispielsweise ist die Anerkennung ausländischer  
28 Berufsabschlüsse sehr schwierig und muss vereinfacht werden. Neben formalen  
29 Problemen sehen sich Einwanderwillige oft Rassismus und Diskriminierung ausgesetzt.  
30 Strukturelle Diskriminierung beim Zugang zu Bildung, zum Ausbildungs- und  
31 Arbeitsmarkt und zu sozialen Dienstleistungen müssen beseitigt werden. Wir fordern für  
32 alle Menschen die gleichen Rechte beim Zugang zu Arbeitsmarkt und Gesundheitssystem.

33 Gerade auch auf EU-Ebene sind die Regelungen sehr elitär und ermöglichen nur  
34 hochqualifizierten und bestverdienenden Nicht-EU-BürgerInnen den Zugang zum  
35 europäischen Arbeitsmarkt. Die in Anlehnung an die US-amerikanische *Green Card*  
36 sogenannte *Blue Card* erfordert ein konkretes Arbeitsplatzangebot, ein abgeschlossenes  
37 und anerkanntes Hochschulstudium und ein bestimmtes Bruttojahresgehalt. Dadurch ist  
38 leider der allergrößte Teil der potenziellen EinwanderInnen von brauchbaren  
39 Regelungen ausgeschlossen.

40

## 1 Integrationsangebote ausbauen

2 Integration ist ein dauerhafter Prozess, der mit dem Einreisewillen beginnt und nicht  
3 durch eine Prüfung gemessen werden kann oder beendet wird. Wer sich den ohnehin  
4 schon vielen Hürden stellt, die mit einer Einwanderung nach Deutschland verbunden  
5 sind, zeigt Integrationswillen und möchte Teil dieser Gesellschaft sein. Es braucht ein  
6 integrationspolitisches Gesamtkonzept, das sowohl Angebote zum Erlernen der  
7 deutschen Sprache und Maßnahmen zur Eingliederung in das Bildungs- und  
8 Beschäftigungssystem beinhaltet, als auch Initiativen zur Förderung der Akzeptanz in der  
9 Bevölkerung und der Bekämpfung von Rassismus. Zu den notwendigen  
10 Integrationsangeboten für die NeueinwandererInnen gehören u.a. eine umfassende  
11 Integrationsberatung, eine sozialpädagogische Begleitung und eine Kinderbetreuung für  
12 die Dauer der Integrationsmaßnahmen, als auch Basis- und Aufbausprachkurse. Ziel muss  
13 es sein, soziale und gesellschaftliche Benachteiligungen zu bekämpfen und eine  
14 eigenständige Lebensführung zu ermöglichen.

15 Ein Einwanderungsgesetz muss also demzufolge einen Rechtsanspruch auf Integrations-  
16 und Sprachkurse beinhalten. Dafür ist natürlich auch ein Bemühen der deutschen  
17 Behörden erforderlich, denn Integration ist keine Einbahnstraße und kann nicht von den  
18 NeueinwanderInnen allein gestemmt werden. Es bedarf einem breiten Ausbau der  
19 Integrationskurse, Investitionen in die Ausbildung von DeutschlehrerInnen,  
20 Weiterentwicklung von erfolgreichen Integrationsmodellen u.v.m.

21 Die bisherigen Möglichkeiten nach Deutschland einzuwandern sind sehr komplex und  
22 schwer zu durchschauen. Für viele gibt es nur eingeschränkte Möglichkeiten für eine  
23 langfristige Bleibeperspektive. Angesichts verschiedenster Aufenthaltstitel fehlt es an  
24 Klarheit und Transparenz, weshalb es dringend rechtliche Verbesserungen braucht. Denn  
25 Deutschland ist ein Einwanderungsland und muss dies auch endlich so kommunizieren.  
26 Also müssen Erleichterungen auch klar nach außen beworben werden, damit jede und  
27 jeder, der oder die nach Deutschland einwandern will, auch über die eigenen Rechte  
28 Klarheit bekommt.

29 Wir wollen keineswegs ein Einwanderungsgesetz, das ähnlich wie beispielsweise in den  
30 USA dazu dient, ob absichtlich oder durch fehlende Regelungen, billige Arbeitskräfte ins  
31 Land zu holen. ArbeitnehmerInnen sind ArbeitnehmerInnen! Ganz egal, ob sie in  
32 Deutschland geboren wurden oder nicht oder ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft  
33 haben oder nicht. Dies bedeutet für uns: Ein Einwanderungsgesetz darf keine weiteren  
34 Ausnahmeregelungen beim Mindestlohn oder andere diskriminierende  
35 Verschlechterungen bei ArbeitnehmerInnenrechten nach sich ziehen.

36

37

1 **G4) Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Für einen neuen**  
2 **sozialdemokratischen Gesellschaftsentwurf!**

3 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Würzburg-Stadt

4 AdressatInnen: SPD BezPT, SPD LPT, SPD BPT, Juso Lako, Juso Buko

---

6

7 Nach zwei Jahren in der großen Koalition ist klar: Auch wenn die SPD einige Projekte, wie  
8 den Mindestlohn oder die Rente mit 63 durchsetzen konnte, hat sie aus Ihrer Arbeit in  
9 dieser Legislaturperiode bisher keinen Profit schlagen können. Sie bleibt in Umfragen  
10 unverändert bei 25%. Wir Jusos haben uns schon vor dem Mitgliederentscheid 2013 klar  
11 gegen die große Koalition ausgesprochen und sehen unsere Meinung bislang bestätigt.  
12 Nicht nur für die Wählerin und Wähler, die offenbar nach wie vor kein klares Profil der  
13 Sozialdemokratie erkennen können, auch für uns stellt sich zunehmend die Frage wohin  
14 sich muss die SPD entwickeln muss, um weiter als linke Volkspartei Bestand zu haben  
15 und bei den nächsten Wahlen 2017 als eine echte Alternative zur Regierungspolitik von  
16 Merkel wahrgenommen zu werden

17

18 **Für einen neuen Gesellschaftsentwurf**

19 Die Sozialdemokratie beruft sich in ihrer Geschichte auf die Werte Freiheit, Gerechtigkeit  
20 und Solidarität. Diese Werte dürfen nicht zu einer hohlen Phrase verkommen, sondern  
21 müssen immer wieder neu mit Leben gefüllt und im Sinne der aktuellen Lebensrealität  
22 der Menschen interpretiert werden. Die Menschen wollen wissen, wie der  
23 sozialdemokratische Gesellschaftsentwurf im 21. Jahrhundert aussieht und wie wird das  
24 Leben der Menschen freier, gerechter und solidarischer gestalten wollen. Wir müssen  
25 wieder eine Vorstellung davon entwickeln, was wir als SPD erreichen wollen und wie eine  
26 sozialdemokratische Gesellschaft aussieht.

27

28 **Verteilungsgerechtigkeit als Markenkern der SPD**

29 Die Sozialdemokratie steht für gleiche Chancen, echte Teilhabe und gerechte Verteilung  
30 von Wohlstand in unserer Gesellschaft. Umverteilung ist keine Forderung der  
31 Vergangenheit, sie ist aktueller denn je. Das Versprechen, dass wir die Schere zwischen  
32 Arm und Reich schließen und nicht immer weiter auseinandertreiben wollen, muss  
33 Wirklichkeit werden. Das bedeutet insbesondere, dass wir eine andere Steuerpolitik  
34 brauchen, mit einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer Umgestaltung und  
35 Erhöhung der Erbschaftssteuer.

36

37 **Die Partei der guten Arbeit**

1 Gute Arbeit ist seit jeher zentrales Thema der Sozialdemokratie. Deswegen ist es wichtig  
2 dass die SPD den Weg, den sie mit der Einführung des Mindestlohnes beschritten hat  
3 weiter geht und prekäre Beschäftigungsverhältnisse bekämpft. Die SPD muss für gleichen  
4 Lohn für gleiche Arbeit stehen. Dazu gehört, dass Männer und Frauen gleich entlohnt  
5 werden. Auch die schlechtere Bezahlung von LeiharbeiterInnen muss der  
6 Vergangenheit angehören. Im Gegenteil, aufgrund ihrer prekären Beschäftigungssituation  
7 verdienen diese eine höhere Entlohnung als die Kernbelegschaft. Die  
8 Mitbestimmungsrechte von ArbeitnehmerInnen müssen ausgebaut werden und die  
9 Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben – ob Familie, Freizeit oder Ehrenamt – muss  
10 gefördert werden. Die Zeiten in denen die SPD die Prekarisierung des Arbeitsmarktes  
11 vorangetrieben hat, müssen der Vergangenheit angehören.

12

### 13 **Die Partei der gesellschaftlichen Teilhabe und der öffentlichen Daseinsvorsorge**

14 Die SPD steht für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft. Dazu  
15 gehört, dass wir zu einer breiten öffentlichen Daseinsvorsorge stehen und uns  
16 entschieden gegen Privatisierungen in diesem Bereich stellen. Investitionen in die  
17 Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen stets Vorrang vor Einsparungen und  
18 wirtschaftlichen Interessen haben. Eine gerechte Steuerpolitik und eine stärkere  
19 Besteuerung von besonders hohen Einkommen, kann die Finanzierung des öffentlichen  
20 Bereiches gewährleisten und eine Finanzierung durch Schulden verhindern. . Es kann  
21 aber Situationen geben, in denen sich der Staat auch durch die Aufnahme von Schulden  
22 handlungsfähig zeigen muss. Die SPD muss sich von der Schuldenbremse lossagen, die  
23 Investitionen in Bildung und Infrastruktur verhindert.

24

### 25 **Die Partei der modernen und gerechten Familienpolitik**

26 Die SPD muss eine moderne Familienpolitik vorantreiben und darf ein überholtes  
27 Weltbild, wie es die CSU z.B. mit dem Betreuungsgeld und ihrem Widerstand gegen die  
28 Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe propagiert, nicht  
29 mittragen. Familie ist dort wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, ob in  
30 hetero- oder homosexuellen Partnerschaften, ob verheiratet oder nicht. Die SPD muss  
31 Eintreten für die Öffnung der Ehe, eine bessere Unterstützung von Alleinerziehenden und  
32 den Ausbau von Kinderbetreuung. Das Ehegattensplitting ist abzuschaffen und zu  
33 ersetzen durch eine gezielte Förderung von Kindern, die Paaren wie auch  
34 Alleinerziehenden gleichermaßen gerecht wird. All das konnten wir in der großen  
35 Koalition nicht gegen die Union durchsetzen, trotz der guten Arbeit von Manuela  
36 Schwesig. Eine moderne und gerechte Familienpolitik ist nur ohne die Union möglich.

37

### 38 **Die Partei der Bildungsgerechtigkeit**

39 Die SPD ist die Partei der Bildungsgerechtigkeit und des sozialen Aufstiegs. Wir brauchen  
40 deutlich mehr Investitionen in Bildung. Denn Bildung muss immer kostenfrei sein.  
41 Deswegen darf es nicht sein das mit der SPD in einigen Bundesländern wieder  
42 Studiengebühren eingeführt werden, in Form von Zweit- und Langzeitstudiengebühren,

1 nachdem man sie erfolgreich abgeschafft hat. Stattdessen müssen die SPD-geführten  
2 Landesregierungen Ernst machen mit dem Versprechen von kostenloser Bildung und die  
3 Gebühren für KiTa und Kindergarten abschaffen. Damit sich der Bund an Investitionen in  
4 Bildungseinrichtungen beteiligen kann, muss das Kooperationsverbot zwischen Bund  
5 und Ländern endlich fallen. Die SPD muss die Partei sein die für Chancengleichheit steht.

6

### 7 **Die Partei der sozialen Sicherheit**

8 Altersversorgung muss solidarisch organisiert werden. Es darf nicht sein, dass Menschen  
9 die ihr Leben lang gearbeitet haben von Altersarmut bedroht sind. Dabei gilt:  
10 Erwerbsarmut führt zu Altersarmut. Gute Arbeitsmarktpolitik wirkt sich deshalb immer  
11 auch auf die Rente aus.

12 Altersversorgung muss solidarisch organisiert und darf nicht privatisiert werden. Die  
13 Rente mit 67 muss endgültig der Vergangenheit angehören.

14 In einer Gesellschaft in der die Menschen immer älter werden, müssen auch die Themen  
15 Gesundheit und Pflege eine hohe Priorität haben. Die SPD hat hier mit der  
16 BürgerInnenversicherung eine gute Antwort gefunden. Alle Bürgerinnen und Bürger  
17 sollen durch die Einführung der BürgerInnenversicherung unabhängig von ihrer  
18 Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus eine gute Kranken und Pflegeversicherung haben.

19

### 20 **Die Partei der Energiewende**

21 Auch die Energiewende kam während der großen Koalition zum Stillstand. Es wird weiter  
22 in Kohlekraftwerke investiert. Der Ausbau von erneuerbaren Energien wird gedrosselt.  
23 Dagegen muss der Staat in Forschung für Speichertechnologien investieren, damit  
24 regenerative Energiequellen zu 100% genutzt werden können. Unter einer SPD  
25 Umweltministerin wird Fracking gefördert, obwohl die Auswirkungen nicht absehbar  
26 und der Großteil der Bevölkerung dagegen ist. Die SPD muss ökologisch vernünftig  
27 handeln und die Energiewende dabei sozial gestalten.

28

### 29 **Die Partei des fairen Handels**

30 Die SPD war einmal stolz darauf eine Friedenspartei zu sein. Doch statt  
31 Entwicklungszusammenarbeit zu fördern und so Fluchtursachen zu

32 bekämpfen, werden unter Wirtschaftsminister Gabriel weiter Waffen an Staaten wie  
33 Saudi Arabien exportiert. Die Zahl der Rüstungsexporte ist aber weiterhin viel zu hoch.  
34 Statt mit Waffen zu handeln muss die SPD für einen gerechten und fairen Handel  
35 eintreten und das nicht nur in Deutschland sondern weltweit. Unbegrenzter freier  
36 Handel kann nicht die Antwort der SPD auf die globalen Herausforderungen sein, dies gilt  
37 für TTIP ebenso wie für andere Freihandelsabkommen. Außerdem müssen endlich wie  
38 international vereinbart 0,7% des BIPs in die Entwicklungszusammenarbeit fließen

39

## 1 **Die Partei eines offenen und solidarischen Europas**

2 Die Europäische Union ist für uns mehr als eine Wirtschaftsunion. Sie ist ein politisches  
3 Projekt für Frieden und Solidarität. Allzu lange hat sich die SPD an der unsolidarischen  
4 Austeritätspolitik Merkels beteiligt, hat echte Entwicklungen in Ländern wie  
5 Griechenland verhindert und es versäumt sich an die Seite derer zu stellen, die wirklich  
6 unter der Finanzkrise in Europa leiden. Stattdessen müssen eben diese Länder in einer  
7 Weise unterstützt werden, die sich an den Bedürfnissen der Menschen in diesen Ländern,  
8 nicht den Bedürfnissen von Banken orientiert. In diesem Zusammenhang muss sich die  
9 SPD nachdrücklich für eine Regulierung von Finanzmärkten einsetzen, welche Banken  
10 endlich an den Kosten der Krise gerecht beteiligt.

11

## 12 **Die Partei der humanitären Zuwanderungs- und Asylpolitik**

13 Die SPD muss für eine offene und respektvolle Gesellschaft kämpfen und sich  
14 Rechtspopulismus und Rassismus entgegenstellen. Es ist unerträglich, dass mit der SPD  
15 in der Regierung Grenzen geschlossen werden, das Asylrecht durch die Ernennung von  
16 sicheren Herkunftsländern und der Rückkehr zu Sachleistungen in Asylunterkünften  
17 verschärft wird und die SPD den Forderungen nach Obergrenzen für Zuwanderung und  
18 sogenannten Transitzone nicht eine klare Absage erteilt. Statt auf den Zug der  
19 RechtspopulistInnen zu springen und Ängste zu schüren muss die SPD die politische Kraft  
20 sein, die Geflüchtete und Helferinnen und Helfer unterstützt und für eine humanitäre  
21 Flüchtlingspolitik einsteht. Eine Einschränkung des Asylrechts lehnen wir strikt ab.

22

## 23 **Die Partei der BürgerInnenrechte und der Demokratie**

24 Freiheit im Sinne der Sozialdemokratie steht vor allem für Teilhabe und  
25 BürgerInnenrechte. BürgerInnenrechte müssen unter einer Regierung mit SPD-  
26 Beteiligung ausgebaut und gestärkt und nicht eingeschränkt werden. Das bedeutet z.B.,  
27 dass alle Menschen souverän über ihre persönlichen Daten bestimmen können müssen.  
28 Dass die SPD der Vorratsdatenspeicherung zugestimmt hat und damit alle BürgerInnen  
29 unter Generalverdacht stellt, ist ein herber Rückschlag. Stattdessen muss sie die  
30 fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft nutzen um mehr Demokratie und  
31 Teilhabe zu ermöglichen. Mit dem Mitgliederentscheid 2013 hat die SPD gezeigt, dass sie  
32 innerparteiliche Demokratie leben kann. Wir sollten hier also keine Rückschritte machen,  
33 sondern mehr Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft wagen.

34

35 Die SPD hat in dieser Legislaturperiode nur einige wenige Forderungen

36 aus unserem guten sozialdemokratischen Wahlprogramm umsetzen können. Die SPD  
37 musste einige Forderungen der Union mittragen, die sie vorher vehement bekämpft hat,  
38 was nicht zur Steigerung ihrer Glaubwürdigkeit beigetragen hat.  
39 Vorratsdatenspeicherung und Asylrechtverschärfung können und dürfen nicht die  
40 Antworten der Sozialdemokratie auf die aktuellen Herausforderungen sein. Die SPD kann  
41 nur wieder dazugewinnen wenn sie sich auf Ihren Markenkern soziale Gerechtigkeit

1 besinnt und aufhört dem konservativen Lager hinterherzurennen. Stattdessen müssen  
2 wir diskutieren, wie eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft im 21. Jahrhundert  
3 aussehen kann. Einen echten Politikwechsel kann es nur geben, wenn die SPD führende  
4 Regierungspartei ist. Das muss und wird daher stets unser Anspruch sein. Die nächsten  
5 zwei Jahren müssen dafür genutzt werden, auch in einer großen Koalition deutlich zu  
6 machen, wo unsere Unterschiede zu den Unionsparteien liegen und welche Vorteile eine  
7 SPD-geführte Regierung für die Menschen unserer Gesellschaft hätte.

8

9

## 1 **G5) Für ein Umdenken in der Verbotspolitik!**

2 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Würzburg-Stadt

3 AdressatInnen: SPD BezPT, SPD LPT, SPD BPT, Juso Lako, Juso Buko

4

5

---

6 Auf dem Landesparteitag der Bayern SPD wurde der Antrag der Jusos zur Legalisierung  
7 von Cannabis beschlossen. Dies war ein erster und wichtiger Schritt hin zu einer anderen  
8 Verbotspolitik. Die Grenze zwischen legalen und illegalen Drogen ist völlig willkürlich und  
9 führt zu einer Stigmatisierung von Konsumierenden, die diese in eine soziale Isolation  
10 drängt. Sozialer Abstieg und ein Abdriften in die Kriminalität sind dadurch leider häufig  
11 die Folgen. Als Ursache wird dann fälschlicherweise meist die Sucht erkannt und der oder  
12 die Betroffene wird kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt. Ein Teufelskreis zwischen  
13 Sucht, Strafverfolgung und einem Abhängigkeitsverhältnis zu kriminellen Milieus  
14 beginnt.

15

16 Der Krieg gegen die Drogen ist verloren! Die Gefängnisse sind voll, aber der Konsum von  
17 Drogen hat nicht abgenommen. Während Alkohol und Zigaretten als gesellschaftlich  
18 anerkannte und traditionell verankerte Drogen akzeptiert sind, werden andere Drogen  
19 verteufelt und Konsument\*innen kriminalisiert. Die gesundheitlichen Auswirkungen von  
20 Drogen (auch von Alkohol und Zigaretten), sind nicht zu unterschätzen und müssen  
21 transparent gemacht werden. Außerdem muss eine umfassende Aufklärung von  
22 Jugendlichen diesbezüglich stattfinden.

23

### 24 **Aufklärung und Prävention statt Verteufelung**

25 Drogenprävention ist weit mehr als die reine Aufklärung über potentielle gesundheitliche  
26 Schäden. Abschreckung als Mittel im Kampf gegen Suchterkrankungen hat sich schon in  
27 verschiedensten Anti-Alkohol- und Anti-Zigarettenkampagnen nicht bezahlt gemacht.  
28 Der Grund warum vor allem Jugendliche zu Drogen greifen liegt oft im Wunsch sich von  
29 den Erwachsenen abzugrenzen, sich auszuprobieren oder aufzubegehren und gegen  
30 Gesetze zu verstoßen. Ein striktes Verbot verstärkt dies nur und fördert die Neugierde.

31 Präventionsprogramme sollten die Erziehung zu mündigen und selbstständigen  
32 Menschen zum Ziel haben und einen verantwortungsvollen Umgang mit  
33 gesundheitsschädlichen Substanzen fördern. Wir fordern mehr finanzielle Mittel für die  
34 Drogenpräventionsarbeit und die Förderung von alternativen und differenzierten  
35 Aufklärungsprogrammen an Bildungseinrichtungen, die konstruktiv und  
36 wissensvermehrend auf Gefahren und Wirkungen von Drogen hinweisen und den  
37 sicheren Umgang vermitteln. Wir fordern mehr speziell ausgebildete Psycholog\*innen  
38 und Sozialarbeiter\*innen an Schulen und in anderen Bildungseinrichtungen.

39

## 1 **Therapie- und Beratungssysteme stärken**

2 Auch die Arbeit mit bereits Betroffenen zielt derzeit in unseren Augen in die falsche  
3 Richtung. Konsumierende werden strafrechtlich verfolgt und in Gefängnisse gesteckt,  
4 anstatt sie auf ihrem Weg aus der Sucht zu begleiten. Wer drogenabhängig ist hat es  
5 häufiger mit Polizist\*innen und Richter\*innen zu tun, als mit Therapeut\*innen oder  
6 Mediziner\*innen.

7 Vielmehr bedarf es einer akzeptierenden Drogenarbeit, die durch schadensmindernde  
8 Maßnahmen, wie Drogenkonsumräume oder der therapeutischen Abgabe von Drogen,  
9 Möglichkeiten schafft aus der Sucht zu entfliehen. Leider gibt es schlichtweg zu wenige  
10 Programme zur Diagnose, Beratung, Vorbeugung und Behandlung von  
11 Suchterkrankungen. Viele werden mit ihrer Abhängigkeit alleine gelassen und von der  
12 Gesellschaft ausgeschlossen. Familie und Freunde wenden sich ab, der Job ist weg und ein  
13 Wiedereinstieg, beispielsweise nach einer Haftstrafe oder einem Entzug, scheint fast  
14 unmöglich. Rückfälle sind also vorprogrammiert.

15

16 Sucht ist eine Krankheit und keine Verbrechen! Wer von einer Abhängigkeit betroffen ist,  
17 ist auf medizinische und psychologische Hilfe angewiesen, erfährt aber aktuell oft nur  
18 soziale Isolation. Aus diesem Grund müssen Therapie- und Beratungssysteme gestärkt  
19 und ausgebaut werden, nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für deren soziales  
20 Umfeld. Wir fordern einen progressiven Umgang mit Suchterkrankungen, der nicht  
21 stigmatisiert sondern hilft. Es bedarf einer Gleichstellung von Suchterkrankungen zu  
22 anderen psychischen Erkrankungen. Dazu bedarf es dringend auch einer Erhöhung der  
23 Quote der Psychotherapeut\*innen, vor allem auch in ländlichen Gebieten.

24

25 Ersatzdrogen sind für eine erfolgreiche Therapie nicht immer hilfreich und schlagen bei  
26 vielen Abhängigen nicht an. Die kontrollierte Abgabe beispielsweise von Heroin an  
27 Süchtige senkt deren Infektionsrisiko und die Gefahr einer Überdosierung, die  
28 Kriminalität geht zurück und der illegale Heroinmarkt bricht zusammen. Um Betroffenen  
29 zu helfen brauchen wir Wege heraus aus der Sucht und Möglichkeiten, auch mit einer  
30 Sucht ein gesellschaftliches Leben zu führen. Niemand wird eine Sucht von heute auf  
31 morgen los und dieses schwere Unterfangen wird nicht leichter, wenn man gleichzeitig  
32 noch gegen andere psychische Erkrankungen kämpfen muss.

33 Wir brauchen einen verantwortungsvollen Umgang mit Drogen.

34

## 35 **Folgerscheinungen sinnvoll beseitigen**

36 Die Kriminalisierung von Drogen und der Menschen, die diese konsumieren, hat viele  
37 negative Folgerscheinungen. Wer drogenabhängig ist, wird als Verbrecher\*in dargestellt  
38 und von der Gesellschaft ausgegrenzt. Dies beginnt bereits bei der Beschaffung der  
39 Drogen. Aufgrund der Prohibition sind Süchtige gezwungen, sich auf dem Schwarzmarkt  
40 zu bedienen, dort herrscht keinerlei gesundheitlicher oder hygienischer Schutz.  
41 Außerdem besteht die Gefahr, dass die Drogen mit anderen günstigeren Substanzen

1 gestreckt sind, um die Gewinnspanne zu erhöhen. Wer von der Gesellschaft ausgegrenzt  
2 wurde, befindet sich auch häufig in einer finanziell prekären Lage. Um sich die Drogen  
3 leisten zu können, werden viele kriminell. Direkte und indirekte Beschaffungskriminalität  
4 sind die direkten Folgen der verfehlten Verbotspolitik.

5

6 Ein Weg aus der Sucht ist für viele ohne Hilfe nicht zu schaffen und das Bitten um  
7 Unterstützung stellt, aufgrund der gesellschaftlichen Stigmatisierung, eine  
8 unüberwindbare Hürde dar. Vielen Menschen sieht man ihre Abhängigkeit nicht an und  
9 sie würden ihr Umfeld mit einem „Outing“ schockieren und sich selbst ins soziale Abseits  
10 katapultieren. Auch wenn der Wille vorhanden wäre, beginnt die eigentliche Odyssee erst  
11 noch. Eine Abkehr von Drogen funktioniert nicht von heute auf morgen, um aber  
12 weiterhin an die verhängnisvollen Substanzen zu kommen, bleibt nur der Schwarzmarkt.  
13 Dort sind die Preise oft sehr hoch und der Weg in die Beschaffungskriminalität damit  
14 geebnet. Die Betroffenen befinden sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu der Person  
15 bzw. den Personen, von denen sie ihre Drogen beziehen.

16

17 Wir fordern eine legale Abgabe von Drogen an Menschen mit Suchterkrankungen in  
18 Apotheken. Dies erleichtert Betroffenen die Abkehr von ihrer Sucht und bietet ihnen die  
19 Möglichkeit einer Therapie. Zudem werden somit das Band zur Beschaffungskriminalität  
20 und Abhängigkeitsverhältnisse in kriminelle Milieus gekappt. Der Schwarzmarkt wird  
21 ausgetrocknet und Betroffene sind nicht mehr von ihren Bezugspersonen abhängig.  
22 Zudem kann man auf diesem Wege den verunreinigten Drogen auf dem Schwarzmarkt  
23 entgegenwirken. Häufig werden nämlich stark gesundheitsschädliche oder sogar giftige  
24 Substanzen zum „Strecken“ von Drogen benutzt, um die Gewinnspanne zu erhöhen.

25

26 Wer es schafft sich von einer Sucht zu lösen, steht häufig vor der Herausforderung, auch  
27 noch gegen andere psychische Erkrankungen, wie beispielsweise Depressionen, kämpfen  
28 zu müssen. Das ist eine Folge der sozialen Isolation, welche viele immer noch erfahren. In  
29 schweren Lebenslagen fällt das Durchhalten deutlich schwerer. Rückfälle in Sucht  
30 und/oder Kriminalität sind vorhersehbar.

31

### 32 **Staatliche Willkür durchbrechen**

33 Aktuell zielt die Anti-Drogenarbeit von Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften vor  
34 allem auf die Verfolgung von Konsument\*innen und Händler\*innen sowie auf die  
35 Sicherstellung illegaler Substanzen. Solche „Erfolge“ der Behörden führen jedoch lediglich  
36 zu weniger Substanzen auf den Schwarzmärkten und somit zu einer Erhöhung der  
37 Marktpreise. Die Folge daraus sind höhere Gewinne bei denen, die Monopole auf  
38 Herstellung und Vertrieb von illegalen Drogen besitzen. Eine derartige Strafverfolgung  
39 hat hohe Kosten im Justizsystem zur Folge und beschäftigt Polizeidienststellen, Gerichte  
40 und Staatsanwaltschaften im hohen Ausmaße. Dem Staat entstehen hohe Kosten und die  
41 Auswirkungen auf den illegalen Drogenmarkt halten sich in Grenzen.

1 Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung von Drogenkonsument\*innen und eine  
2 breitere gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen, die unter einer Sucht leiden.

3 Außerdem fordern wir die Verlegung suchtkranker Strafgefangener in Anstalten mit  
4 Entzugsmöglichkeiten und Therapieangeboten. Die Re-Sozialisation muss bereits  
5 während einer Haftstrafe beginnen.

6

7 Das so genannte „racial profiling“ ist auch bei der Fahndung nach illegalen Drogen leider  
8 ein immer noch weit verbreitetes Problem. Bei stichprobenartigen Personenkontrollen  
9 werden meist die Menschen kontrolliert, die nach dem Ermessen der Polizistin oder des  
10 Polizisten am ehesten Drogen konsumieren oder verkaufen könnten. Dadurch trifft es  
11 leider verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund und/oder Menschen aus  
12 sogenannten „sozialen Brennpunkten“. Die Folge ist, dass in vielen Statistiken genau diese  
13 Menschen an der Spitze der Drogenkonsument\*innen bzw. -händler\*innen stehen. Ein  
14 Teufelskreis entsteht, da natürlich bevorzugt die kontrolliert werden, die in den  
15 Statistiken führen. Wir fordern daher interne Polizeischulungen gegen „racial profiling“  
16 und eine stärkere Aufklärung über Rechte, die man während einer Polizeikontrolle hat.

17

### 18 **Bevormundung stoppen**

19 Wir fordern den staatlich kontrollierten Verkauf von Cannabis und die legale Abgabe von  
20 anderen Drogen unter dementsprechend weitergehenden Regulierungen.  
21 Selbstverständlich darf auch Cannabis nicht an Minderjährige abgegeben werden und  
22 muss generell beim Verkauf von Suchtmitteln auf klinische Tests zurückgegriffen werden.  
23 Daher halten wir die Einführung einer Positivliste, auf der Rauschmittel auf ihren  
24 gesundheitlichen Schaden getestet werden, für erstrebenswert. Prinzipiell sollte jedoch  
25 jeder erwachsenen Person frei stehen, Genussmittel zu konsumieren oder nicht.

26 Der Verkauf von Drogen sollte unserer Ansicht nach über das bestehende Apotheken-Netz  
27 erfolgen und falls erforderlich mit einer Rezeptpflicht versehen werden. Die Hürden  
28 hierfür dürfen allerdings nicht zu hoch sein, wer sich eine Suchterkrankung attestieren  
29 lässt, sollte Zugriff auf das jeweilige Suchtmittel erhalten. Drogen sollten alleine nach  
30 ihrem gesundheitlichen Gefahrenpotenzial bewertet werden und nicht nach ihrem  
31 traditionellen Wert.

32

33

## 1 **G6) Nachvollziehbare Kriterien für sichere Herkunftsstaaten**

2 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Main-Spessart/Miltenberg

3 AdressatInnen: /

4

5

6 Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten spricht sich gegen  
7 das aktuelle Konzept der „sicheren Herkunftsstaaten“ aus.

8 Unser Ziel ist es, das System der „sicheren/unsicheren“ Herkunftsstaaten komplett  
9 abzuschaffen.

10 Kurzfristig werden Änderungen gefordert, die eine rationale Einstufung von Staaten  
11 ermöglichen und das bisherige in weiten Zügen willkürliche und politisch motivierte  
12 Ernennen von „sicheren Herkunftsstaaten“ beenden.

13 Als Grundlage für die Einstufung eines Staates als sicherer Herkunftsstaat sollen  
14 Informationen aus den dortigen deutschen Botschaften, von befreundeten Ländern und  
15 vom deutschen Auslandsgeheimdienst herangezogen werden.

16 Die aufzustellenden Kriterien sollen die Rechtslage und vor allem die Anwendung des  
17 geltenden Rechts beurteilen. Fälle und Beispiele, in denen die Anwendung des geltenden  
18 Rechts politisch missbraucht wird, führen dazu, dass ein Staat nicht als sicherer  
19 Herkunftsstaat eingestuft werden kann.

20 Es ist zu prüfen, ob eine Beweisumkehr und Konzeptänderung hin zur Einstufung von  
21 „unsicheren Herkunftsstaaten“, die zu einer schnelleren Anerkennung des Asylbegehrens  
22 (ohne Einzelfallprüfung) führt, sinnvoller ist.

### 23 **Begründung:**

24 Die Einstufung von sicheren Herkunftsstaaten erfolgt derzeit im Wesentlichen nach  
25 irrationalen Kriterien und entspringt dem politischen Willen Asylbegehren aus diesen  
26 Ländern zu reduzieren.

27 Dies wird schon bei der aktuell in Deutschland geltenden Liste sicherer Herkunftsstaaten  
28 deutlich. Länder wie zum Beispiel die USA, Kanada, Japan, Australien etc. werden hier  
29 nicht genannt, obwohl man nach rationalen Kriterien davon ausgehen kann, dass in  
30 diesen Staaten das Rechtssystem funktioniert (ob man mit den Regelungen  
31 übereinstimmt oder nicht) und politische Verfolgung selten der Fall ist.

32 Warum sind diese und viele andere Staaten keine sicheren Herkunftsstaaten? Doch nicht  
33 weil sie anhand von nachvollziehbaren Kriterien als „nicht sicher“ gelten, sondern einzig  
34 und allein deshalb, weil die Zahl der Asylbegehren aus diesen Ländern gegen Null geht.

35 Dies macht die Willkür des aktuellen Systems deutlich, weshalb hier dringender  
36 Handlungsbedarf besteht.

- 1 Es kann nicht sein, dass immer dann wenn die Zahl der Asylbegehren aus einem Land
- 2 ansteigt, eine politische Diskussion entfacht wird, ob man das Land nicht als sicher
- 3 einstufen sollte. Einzig und allein mit der Motivation, die Zahlen zu reduzieren und
- 4 Probleme weiter wegzuschieben, statt zu lösen.
  
- 5 Es müssen daher objektive und rationale Kriterien für eine solche folgenschwere
- 6 Einstufung gefunden werden.
  
- 7

## 1 G7) Netzneutralität

2 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Würzburg-Land

3 AdressatInnen: Bezirkskonferent der Jusos Unterfranken, Landeskonferenz der Jusos  
4 Bayern, Bezirksparteitag der SPD Unterfranken, Landesparteitag der BayernSPD

5

---

6

7 Seit dem Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre das World Wide Web das Internet für  
8 alle attraktiv und nutzbar gemacht hat, hat sich das Internet stark gewandelt. Statt der  
9 reinen Textübertragung werden mittlerweile alle möglichen Arten von Daten über das  
10 Internet verteilt (Sprach-, Video-, Echtzeitdaten usw.). Im Zuge der Digitalisierung  
11 werden in Zukunft jedoch noch mehr Daten durch das Internet fließen. Dabei ist es wichtig  
12 und unerlässlich, dass es klare Spielregeln gibt und dass jede Person eine ausreichende  
13 Bandbreite zur Verfügung hat, um an alle gewünschten Informationen zu gelangen. Des  
14 Weiteren ist zu beachten, dass keine Internet-Seiten oder Konzerne bei der Verbreitung  
15 bevorzugt werden, indem sie bestimmte Sonderbedingungen mit den Netzbetreibern  
16 aushandeln, denn dies würde viele kleine Alternativen und Start-Ups massiv in ihrer  
17 Entwicklung beeinträchtigen und die Marktführer weiter stärken, welche dadurch ihre  
18 Position zu Ungunsten möglicher Kunden\*innen ausbauen können.

19 Nichtsdestotrotz ist eine reine Netzneutralität nicht erreichbar, da im Internet  
20 Überlastungssituationen prinzipiell möglich sind und diese zu starken Einbrüchen der  
21 Bandbreite führen können. Solche sogenannten Stausituationen treten regelmäßig auf,  
22 zum Beispiel dadurch, dass Router oder andere Netzelemente durch Verschleiß, Unfälle,  
23 usw. ausfallen. Solche Störungen können durchaus Stunden oder gar wenige Tage  
24 anhalten. Aber auch in solchen Überlastungssituationen müssen einige als essentiell zu  
25 betrachtende Internet-Dienste funktionieren. Vor allem die Voice-Over-IP-Telefonie, die  
26 zunehmend die Analoge ersetzt, ist hier zu erwähnen. Da sie wie der Name schon sagt  
27 über das Internet läuft, ist auch die Telefonie in solchen Situationen gar nicht oder nur  
28 noch stark eingeschränkt möglich. Da die Telefonie weiterhin ein grundlegendes  
29 Kommunikationsmittel darstellt, muss es aber die Möglichkeit geben, dass dieser Dienst  
30 auch in der oben beschriebenen Situation zuverlässig funktioniert. Zusätzlich ist sie ein  
31 recht anfälliger Dienst (400ms Verzögerung machen die Telefonie fast unmöglich).  
32 Deshalb ist hier eine Priorisierung notwendig, welche in der reinen Netzneutralität nicht  
33 vorgesehen ist. Als noch kritischer sind Notrufe zu sehen, welche durch das Problem der  
34 Stausituationen ebenfalls betroffen sind. Ohne Vorrang kann es hier im schlimmsten Fall  
35 zu Toten kommen.

36 Weiterhin muss die Überlegung erlaubt sein, dass Dienste mit großen Bandbreiten-Bedarf  
37 zusätzlich belastet werden können. Denn zurzeit wird der Großteil des Internetverkehrs  
38 durch Streaming- und Video-Plattformen erzeugt, die aber keinen dementsprechenden  
39 Anteil an der Pflege und Ausbaus des Internets haben. An dieser Stelle sollte den  
40 Providern die Möglichkeit gegeben werden, solche Plattformen dementsprechend  
41 belasten zu können. Sei es durch höhere Kosten oder eine niedrigere Priorisierung.

42 Forderung:

- 1 Jede Person ist im Internet gleichberechtigt, dass bedeutend keine Daten dieser Personen
- 2 werden schneller ausgeliefert, als vergleichbare Daten anderer Personen. Dienstgruppen
- 3 können unterschiedlich priorisiert werden und dem entsprechend mit unterschiedlichen
- 4 Kosten und Übertragungsraten verteilt werden. Dienstgruppen sind zum Beispiel
- 5 (Telefonie, Streaming, statische Webinhalte,...).
- 6 Extenzielle Dienste können / müssen bevorzugt werden. (Zum Beispiel Voice-Over-IP).
- 7
- 8

## 1 **W1) Anpassung des Mindestlohngesetzes**

2 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Schweinfurt/Kitzingen

3 AdressatInnen: SPD-Bundestagsfraktion

4

5

6 Ein Jahr ist seit der Einführung des Mindestlohngesetzes vergangen und die befürchtete  
7 Schwächung unserer starken Wirtschaft blieb gänzlich aus. Der Mindestlohn hat vielen  
8 Menschen geholfen aber auch viele gespalten.

9 Wir fordern einen Mindestlohn für jede/n ArbeitnehmerIn!

10 Wir als Jusos wollen diese Ungerechtigkeiten mit der Gesetzeslage an junger  
11 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter 18 Jahren veranschaulichen.

12

13 Gemäß § 22 Abs. 2 MiLoG sind Jugendliche nach § 2 Abs. 1 und 2 des JuArbSchG keine  
14 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne des Mindestlohngesetzes.

15 Viele Jugendliche verrichten 1:1 die selbe Arbeit wie ihre Volljährigen Kollegen und  
16 werden aufgrund ihres Alters mit einer absurden Begründung diskriminiert und  
17 schlechter bezahlt. Der Staat sieht dabei zu wie Jugendliche ausgebeutet werden und  
18 erschafft auch mit den anderen Ausnahmen eine Zwei-Klassen-Belegschaft. Das  
19 Mindestlohngesetz verstößt gegen den Allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz, denn  
20 die Benachteiligung aufgrund des Alters ist verboten § 1 Halbsatz 6 AGG. Außerdem  
21 erkennen wir, dass das Mindestlohngesetz der Allgemeinen Erklärung der  
22 Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 zuwiderläuft.

23 Gemäß Art. 23 Absatz 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) hat jeder  
24 ohne Unterschied, das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Somit ist § 22 Abs 2  
25 MiLoG unstatthaft.

26 Führende Juristen bezweifeln zu recht die Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz und den  
27 Menschenrechten. Ein damals 17-jähriger Genosse hat Verfassungsbeschwerde gegen §  
28 22 Abs 2 MiLoG eingereicht, scheiterte aber daran, dass er der Subsidiarität nicht genüge  
29 getan hat (Aktenzeichen: 1 BvR 37/15) und auch keine weiteren Rechtsansprüche mehr  
30 gegenüber seinem ehemaligen Arbeitnehmer geltend machen kann.

31

32 Wir Jusos fordern deshalb die SPD Bundestagsfraktion auf den Mindestlohn zu dem zu  
33 machen, was er verspricht: Eine Grenze unter der kein/e ArbeitnehmerIn arbeiten muss!

34

## 1 **W2) Besteuerung von Kerosin für gewerbliche Flüge**

2 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Würzburg-Land

3 AdressatInnen: Bezirkskonferent der Jusos Unterfranken, Landeskonferenz der Jusos  
4 Bayern, Bezirksparteitag der SPD Unterfranken, Landesparteitag der BayernSPD

5

6

7 Die Luftfahrtindustrie boomt international seit Jahren. Alleine die Zahl der beförderten  
8 Personen in Deutschland stieg von 2006 bis 2014 um 30 Mio. Passagiere auf ca. 186 Mio.  
9 Passagiere an. In diesen Zahlen sind unter anderem solche Flüge miteinberechnet, deren  
10 Start und Ziel innerhalb des Bundesgebietes liegen. So misst die deutsche Flugsicherung  
11 im Jahr 2015 alleine ca. 11% aller Flugbewegungen in Deutschland als Inlandsflüge (ca.  
12 37,5% Überflüge, jeweils ca. 26% Ein- und Ausflüge). Alleine auf der Flugstrecke Berlin-  
13 Tegel/München fanden im Jahr 2014 fast 15.000 Flüge im Jahr statt.

14 Unter den Top-Destinationen der Deutschen im Jahr 2014 liegen mit Spanien (ca. 84 000  
15 Flüge), Großbritannien (ca. 71.000 Flüge), Italien (ca. 64.000 Flüge) und Frankreich (ca.  
16 61.000 Flüge) vier EU-Mitgliedstaaten auf den ersten vier Plätzen.

17

18 Die Flugindustrie hat hierbei massive steuerliche Vorteile gegenüber der Konkurrenz wie  
19 dem Schienenverkehr, Reisebussen oder auch dem üblichen Straßenverkehr. So muss die  
20 Bahn sowohl Mineralölsteuer und Öko-Steuer als auch Mehrwertsteuer für  
21 grenzüberschreitende Fahrten leisten, während der Flugverkehr hier keine Steuern  
22 leisten muss.

23 Bereits 2005 errechnete das Bundesumweltamt steuerliche Erleichterungen für die  
24 Flugindustrie durch die Steuerfreiheit von Kerosin in Höhe von ca. 373 Mio. € für  
25 innerdeutsche Flüge, für Flüge innerhalb der EU sogar von ca. 600 Mio. €. Hier wird ganz  
26 klar das Prinzip des fairen Wettbewerbs für den Personenverkehr konterkariert. Hinzu  
27 kommt allerdings noch, dass der Flugverkehr beim Ausstoß von Treibhausgasen an der  
28 Spitze aller Verkehrsmittel steht (228g/Pkm; Auto auf Platz 2 mit 142g/Pkm) und auch  
29 bei anderen Schadstoffen eine schlechte Umweltbilanz gegenüber Bahn, etc. besitzt.

30

31 Zwar wurden mit der Einbindung des Flugverkehrs in den Emissionshandel und der  
32 Einführung einer Ticketsteuer erste Schritte in Richtung Angleichung und  
33 Wettbewerbsgleichheit ergriffen, jedoch reichen diese Maßnahmen bei weitem noch  
34 nicht, um ökologische und steuerrechtliche Fairness im Personenverkehr herzustellen.  
35 Die EU hat hierbei mit der Verabschiedung der EU-Energiesteuerrichtlinie (2003/96/EG)  
36 im Jahr 2003 die Möglichkeit geschaffen, dass die Mitgliedstaaten eine  
37 Kerosinbesteuerung von Inlandsflügen vornehmen können und über Änderungen in  
38 bilateralen Verträgen zwischen den Mitgliedstaaten auch eine Besteuerung für Flüge  
39 zwischen zwei Mitgliedsstaaten erreicht werden kann.

1 Um etwaige Umgehungsstrategien bei der Betankung zu umgehen, schlägt der Jurist Prof.  
2 Dr. E. Pache in seinem Rechtsgutachten im Auftrag des Umweltbundesamtes: „Möglichkeit  
3 der Einführung einer Kerosinsteuer auf innerdeutschen Flügen“ im Februar 2005 eine  
4 Kombinationslösung vor:

- 5 1. Besteuerung von Kerosin bei Entnahme im Inland für inländische Flüge
- 6 2. Besteuerung von eingeführtem Kerosin auf Basis des tatsächlichen Verbrauchs nach  
7 einem Inlandsflug

8 Für die Besteuerung von innergemeinschaftlichen Flügen nennt er folgende Punkte:

- 9 1. Änderung der bilateralen Verträge der beteiligten Staaten erforderlich
- 10 2. Besteuerung ist auch dann nur für die gebietsansässigen Fluggesellschaften möglich  
11 → Einführung nur unter Beteiligung wichtiger europäischer Flugnationen sinnvoll

12

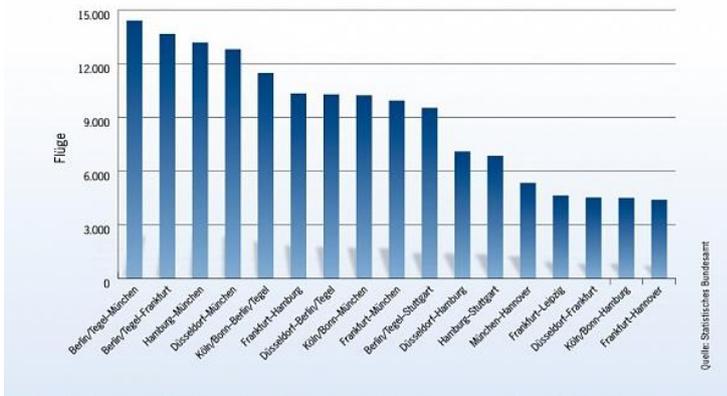
13 Wir fordern daher:

- 14 1. Die Aufhebung der Steuerfreiheit von Kerosin für gewerbliche Zwecke und eine  
15 Besteuerung nach der Kombinationslösung, welche Prof. Dr. E. Pache in seinem  
16 Rechtsgutachten im Auftrag des Umweltbundesamtes: „Möglichkeit der  
17 Einführung einer Kerosinsteuer auf innerdeutschen Flügen“ im Februar 2005  
18 vorgeschlagen hat. Der Steuersatz soll sich an der Besteuerung von Benzin für  
19 Kraftfahrzeuge, wie sie im Mineralölsteuergesetz festgelegt ist, orientieren.
- 20 2. Es soll überprüft werden, inwiefern das so erhobenen Steueraufkommen schon an  
21 bestimmte Verwendungszwecke gebunden ist. Sollte hier eine Abweichung oder  
22 eine eigene Regelung möglich sein, sollen die Mittel zweckgebunden für die  
23 Förderung von Forschung an umweltfreundliche Verkehrstechnologie und für den  
24 Ausbau des Schienennetzes für Fern- und Schnellzüge genutzt werden.
- 25 3. Die Sozialdemokratie soll sich für europäische Kooperation einsetzen, Gespräche  
26 zur Besteuerung von Kerosin für den gewerblichen Flugverkehr einleiten und auf  
27 die Änderungen von bilateralen Verträge zur Einführung einer Kerosinsteuer  
28 zwischen den EU-Mitgliedsstaaten hinwirken.

29 Anlage

30 Anlage 1:

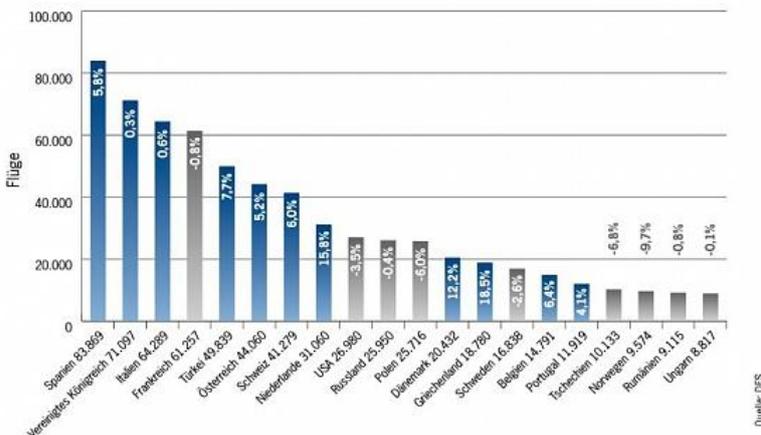
Hauptflugverbindungen innerdeutsch



1

2 Anlage 2:

Top-20-Destinationen



3

4 Anlage 3:

Vergleich der Emissionen einzelner Verkehrsträger im Personenverkehr

Bezugsjahr: 2010

Emissionen aus Bereitstellung und Umwandlung der Energieträger in Strom, Benzin, Diesel und Kerosin sind berücksichtigt.

		Pkw	Reisebus	Eisenbahn Fernverkehr	Flugzeug	Linienbus	Eisenbahn Nahverkehr	Straßen-, S- und U-Bahn
Treibhausgase*	g/Pkm	142	30	45	228**	75	78	78
Kohlenmonoxid	g/Pkm	1,00	0,05	0,01	0,15	0,09	0,03	0,02
Flüchtige Kohlenwasserstoffe	g/Pkm	0,18	0,02	0,00	0,06	0,03	0,01	0,01
Stickoxide	g/Pkm	0,31	0,25	0,06	0,45	0,55	0,24	0,08
Feinstaub	g/Pkm	0,009	0,005	0,000	0,006	0,007	0,003	0,000
Verbrauch Benzinäquivalent	l/100 Pkm	6,2	1,3	2,3	4,8	3,2	3,9	4,1
zugrunde gelegte Auslastung		1,5 Pers./Pkw	60%	48%	74%	21%	26%	19%

g/Pkm = Gramm pro Personenkilometer; l/100Pkm = Liter pro 100 Personenkilometer

\* CO<sub>2</sub>, CH<sub>4</sub> und N<sub>2</sub>O angegeben in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten

\*\* unter Berücksichtigung aller klimawirksamen Effekte des Flugverkehrs (EWF = Emission Weighting Factor)

Quelle: TREMOD 5.25

Ansprechpartner: Umweltbundesamt, Fachgebiet I 3.1 - Umwelt und Verkehr: Gunnar Gohlisch, Nadja Richter

5

6

## 1 **W3) Dieselbesteuerung**

2 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Würzburg-Land

3 AdressatInnen: Bezirkskonferent der Jusos Unterfranken, Landeskonferenz der Jusos  
4 Bayern, Bezirksparteitag der SPD Unterfranken, Landesparteitag der BayernSPD

5

---

6

7 In letzter Zeit ist die längst überflüssige Diskussion über die unterschiedliche  
8 Besteuerung von Diesel und Benzin Kraftstoff wieder aufkeimt. Vor allem im Zuge des  
9 Dieselskandals bei VW. Doch auch schon vorher war das Problem bekannt und wir  
10 merken es im Alltag regelmäßig durch zu hohe Stickoxidbelastungen in unseren Städten,  
11 die zu einem Großteil auf Dieselmotoren zurückzuführen sind. Der Diesel-Treibstoff hat  
12 also schon längst seinen Ruf, umweltverträglicher zu sein als Benzin, verloren.

13 Deshalb fordern wir den Dieselsteuersatz an den der Benzinbesteuerung anzupassen.  
14 Denn durch die Differenz von 184,1 € pro 1000 Liter zwischen den beiden Kraftstoffen  
15 (Quelle: Energiesteuergesetz) verliert der deutsche Staat jährlich mehr als 2,2 Mrd. Euro.  
16 (Grundlage: Verbrauch von zirka 12 Mrd. Liter Diesel in privaten Haushalten). Dieses Geld  
17 wäre deutlich besser investiert, würde man es in den Ausbau des ÖPNVs, des  
18 Schienenverkehrs, der Förderung und Forschung von alternativen Mobilitätskonzepten  
19 wie E-Mobilität und Brennstoffzellen investieren, all diese Technologien sind wirklich  
20 umweltfreundlich im Gegensatz zum Diesel.

21 Zwar ist die CO<sub>2</sub>-Emission des Diesels geringer als die eines Benziners, aber der Ausstoß  
22 anderer Schadstoffe, wie Feinstaub und Stickstoffoxide, welche für Menschen stark  
23 gesundheitsgefährden sind, sind höher. Bei Stickstoffoxiden sogar bis zu siebenmal so  
24 hoch. Dies ist auch einer der Hauptgründe wieso Städte wie Stuttgart regelmäßig die  
25 Grenzwerte für Feinstaub nicht einhalten (91 Mal 2014), aber auch andere Städte wie  
26 München, Tübingen usw. sind stark belastet. Auch scheint das Versprechen, dass wir  
27 dieses Problem technisch mithilfe von Katalysatoren lösen können, nicht zu halten sein,  
28 wie wir im Zuge des VW-Abgasskandals gesehen haben.

29 All diese Punkte zeigen, dass die faktische Dieselsubventionierung nicht mehr zeitgemäß  
30 ist und abgeschafft gehört. Vor allem in Zeiten niedriger Kraftstoffpreise kann sowas recht  
31 schonend eingeführt werden.

32

33

## 1 **W4) Digitalisierung der Arbeitswelt**

2 Antragsstellende Gliederung: Bezirksvorstand (ehem. überwiesener Antrag)

3 AdressatInnen: /

4

5

6 Die Digitalisierung wirkt sich in immer stärkerem Ausmaß auf die Arbeitswelt aus.  
7 Dennoch stellen sowohl industriell geprägte Arbeitswelten als auch die traditionellen  
8 Strukturen des Dienstleistungsbereichs immer noch die Referenzmodelle des  
9 Arbeitslebens dar.

10 Die traditionellen Modelle basieren vor allem auf drei Faktoren:

11 1. Arbeit hat ihren festen Ort.

12 2. Arbeit hat feste Zeiten.

13 3. Arbeit hat die Standardform des Normalarbeitsverhältnisses.

14 Doch diese und andere Grundpfeiler der Arbeitswelt geraten im Zuge der Digitalisierung  
15 unter steigenden Veränderungsdruck.

16 Wir sehen in der Digitalisierung der Arbeitswelt neben Problemen aber auch zahlreiche  
17 neue Möglichkeiten:

18

### 19 **Neue Freiheiten für ArbeitnehmerInnen:**

20 Die Digitalisierung eröffnet für viele Erwerbstätige neue Gestaltungsspielräume, wie sie  
21 in der industriell geprägten Arbeitswelt nicht existierten. Dieses Potenzial ist  
22 grundsätzlich positiv zu betrachten. So bietet die Digitalisierung insbesondere die  
23 Möglichkeit, räumlich und zeitlich flexibel zu arbeiten. Traditionell starre Arbeitsmodelle  
24 müssen daher überdacht werden. Gleichzeitig müssen im Rahmen dieser Dynamisierung  
25 die ArbeitnehmerInnenrechte geschützt und gestärkt werden.

26 Viele, insbesondere junge Leute, wollen ihren Arbeitsablauf flexibel gestalten können.  
27 Genauso arbeiten viele lieber ortsunabhängig an der Stelle, die ihnen am attraktivsten  
28 erscheint. Das kann ein Café, ein Büro im Unternehmen oder zu Hause sein. Das Internet  
29 erlaubt uns, von überall aus mühelos auf arbeitsrelevante Daten und Programme  
30 zugreifen zu können.

31 Wir fordern, dass diese neue räumliche und zeitliche Mobilität sinnvoll genutzt wird, um

32 • die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern

33 • Menschen mit Beeinträchtigung die Möglichkeit zu geben, ein selbstbestimmtes Leben  
34 zu führen und die Teilhabe am Arbeitsprozess zu eröffnen

35 • zur Erweiterung zeitlicher Dispositionsspielräume der Beschäftigten beizutragen

- 1 • die Motivation und Arbeitszufriedenheit der ArbeitnehmerInnen zu steigern
- 2 • durch die Reduzierung des Pendelverkehrs unnötigen Straßenverkehr zu vermeiden

3

#### 4 **Neue Belastungen für ArbeitnehmerInnen:**

5 Eröffnet die örtliche und zeitliche Flexibilität digitaler Arbeit den Beschäftigten einerseits  
6 neue Spielräume, so ist sie andererseits auch mit sehr konkreten Belastungen und  
7 problematischen Zumutungen verbunden.

8 Hier sind zwei Aspekte vorrangig: Zum einen der Druck, ständig erreichbar und verfügbar  
9 sein zu müssen, zum anderen eine gerade bei mobiler Arbeit außerhalb von  
10 Betriebsstätten oft suboptimale ergonomische Beschaffenheit von Arbeitsmitteln und  
11 Arbeitsumfeld.

12 In der digitalisierten Welt werden Leistungsunterschiede zwischen MitarbeiterInnen  
13 immer sichtbarer. Dadurch entsteht ein ungeheurer psychischer Druck auf  
14 ArbeitnehmerInnen.

15 Wir fordern deswegen einen respektvollen Umgang mit der Freizeit der  
16 ArbeitnehmerInnen und ein Ende des aggressiven Leistungsvergleiches.

17 Allen Erwerbstätigen muss ein exakt benanntes Recht auf Nichterreichbarkeit  
18 eingeräumt werden, dass von allen am Arbeitsprozess Beteiligten ohne daraus  
19 resultierende Konsequenzen zu respektieren ist. Keine einzige arbeitnehmende Person  
20 darf für die Arbeitgebenden, Vorgesetzten oder Mitarbeitenden beruflich länger als zehn  
21 Stunden am Tag erreichbar sein. Jede Woche muss es für jeden ArbeitnehmerIn  
22 mindestens 31 Stunden am Stück geben (ein Tag und zusätzliche acht Stunden Schlaf), an  
23 denen sie ebenfalls nicht beruflich erreichbar sein dürfen.

24 Von unserer Forderung, die Menschen nicht nach Leistung, sondern nach Arbeit zu  
25 bezahlen, werden wir nicht abweichen.

26

27 Mobile digitale Arbeit findet häufig unter ungünstigen ergonomischen Bedingungen statt.  
28 So sind die hier benutzten Arbeitsmittel häufig nicht für eine gesundheitsverträgliche  
29 Dauernutzung geeignet. Auch die vielfach wechselnden Umgebungen wie Züge, Autos,  
30 Hotelzimmer usw. sind hinsichtlich des Mobiliars, der Lichtverhältnisse, der  
31 Geräuscheinwirkungen und weiterer Umgebungsfaktoren häufig sehr ungünstig.

32 Wir fordern, dass die Langzeitwirkungen dieser ungünstigen ergonomischen  
33 Bedingungen auf die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen weiter erforscht werden und  
34 Regulierungsvorgaben erarbeitet werden, damit auch mobile digitale Arbeit ohne  
35 gesundheitliche Risiken für die ArbeitnehmerInnen betrieben werden kann.

36

#### 37 **Prekäre Beschäftigung:**

1 Die digitale Vernetzung ist technisch so weit fortgeschrittenen, dass Produktionsprozesse  
2 durch Modularisierung, Netzwerkbildung und Virtualisierung standortverteilt,  
3 telekooperativ und zeitlich begrenzt organisiert werden können und dies zu niedrigen  
4 Transaktionskosten, hinsichtlich der Material- und Energiekosten oft zu Lasten der  
5 BearbeiterInnen. Dadurch steigt die Zahl der nur kurzfristig und instabil, auf Dienst- oder  
6 Werkvertragsbasis prekär Beschäftigten.

7 Auch das sogenannte „Crowdsourcing“ wird immer häufiger genutzt. Unternehmen  
8 lagern hier zur Herstellung oder Nutzung eines Produktes, Aufgaben in Form eines  
9 offenen Aufrufs über das Internet aus. Ziel ist dabei, InternetnutzerInnen mit geringer  
10 oder gar keiner finanziellen Entschädigung zur Mitarbeit zu bewegen.

11 Wir fordern klare Richtlinien, um prekärer Beschäftigung auch bei digitaler Arbeit  
12 entgegenzuwirken und setzen uns auch hier für gute Arbeitsbedingungen ein.

13

#### 14 **ArbeitnehmerInnenvertretung**

15 Wenn allerdings die meisten Arbeitnehmenden den Arbeitsort permanent frei wählen  
16 können und sehr viele sich dafür entscheiden, zu Hause zu arbeiten, sorgt das auch dafür,  
17 dass die ArbeitnehmerInnen sich deutlich weniger tatsächlich sehen und so auch deutlich  
18 weniger außerhalb der direkten Arbeitszeit (wie beispielsweise in Pausen) miteinander  
19 sprechen. Wie soll eine ArbeitnehmerInnenvertretung wirksam sein, wenn die  
20 ArbeitnehmerInnen kaum Gelegenheit haben, sich über ihre Arbeitsbedingungen  
21 auszutauschen? Diese Unterbindung von wirksamer ArbeitnehmerInnenvertretung  
22 durch Nichtkommunizieren steht im absoluten Widerspruch zu den Grundwerten der  
23 ArbeiterInnenbewegung. Für uns ist klar, dass es regelmäßige Treffen der gesamten  
24 ArbeitnehmerInnenschaft mehrmals jährlich geben muss, bei denen sich die  
25 ArbeitnehmerInnen über ihre Arbeitsbedingungen austauschen. Sie müssen die  
26 tatsächliche Möglichkeit haben, gemeinsam für ihre Ziele zu kämpfen.

27 Diese regelmäßigen Treffen müssen sowohl in Betrieben mit als auch ohne Betriebsräte  
28 stattfinden. Wenn irgend realisierbar, haben sich bei Unternehmen mit mehreren  
29 Betrieben, die unterhalb bestimmter MitarbeiterInnenzahlen liegen, die MitarbeiterInnen  
30 der gesamten Unternehmen zu treffen. Diese Treffen sind von den Unternehmen zu  
31 finanzieren.

32

#### 33 **Ausreichende Qualifizierung in Aus-, Fort- und Weiterbildung:**

34 Die digitalisierte Arbeitswelt verlangt von den Erwerbstätigen zunehmend IT- und EDV-  
35 Kenntnisse. Gleichzeitig reduziert der Digitalisierungsprozess fortwährend traditionelle  
36 Arbeitsverhältnisse. Für erstmals oder wieder in den Arbeitsmarkt einsteigende  
37 Erwerbstätige fordern wir entsprechende schulische und außerschulische Möglichkeiten  
38 der Aus-, Fort- und Weiterbildung in den für die digitalisierte Arbeitswelt notwendigen  
39 Schlüsselqualifikationen.

40

1 **Globale Verlagerung von Arbeit:**

2 Die Digitalisierung schafft die technische Basis für eine erleichterte Verlagerung von  
3 Arbeit über die Grenzen von Ländern und Kontinenten hinweg und dies zu  
4 vergleichsweise niedrigen Kosten. Insbesondere die Software-Produktion oder die  
5 Wartung von IT-Systemen stand im Zentrum dieser Entwicklung. Doch mittlerweile sind  
6 davon vor allem „Business Process Services“ aus Bereichen wie Buchhaltung,  
7 KundInnenbetreuung, Reisekostenabrechnung oder Finanzdienstleistungen usw.  
8 betroffen. Outsourcing wird hier vor allem betrieben, um Kosten zu senken.

9 Dem daraus resultierenden transnationalen Abwärtsdruck auf die Einkommens- und  
10 Arbeitsbedingungen muss entgegengetreten werden. Wir fordern deswegen arbeits-,  
11 sozial- und tarifvertragliche Regulierungen.

12

13

## 1 **I1) Antragsdatenbank**

2 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Main-Spessart/Miltenberg

3 AdressatInnen: /

4

---

5

6 Der SPD-Parteivorstand wird beauftragt eine Lösung zu erarbeiten, durch die  
7 parteiinterne Anträge transparent und für alle sichtbar auf ihrem Weg durch  
8 verschiedene Parteiebenen / Gliederungen verfolgt werden können.

9 Alle beschlossenen und/oder weitergeleiteten Anträge sollen in einer Datenbank  
10 gesammelt werden. Die Datenbank kann für Parteimitglieder beispielsweise über den  
11 internen Bereich der SPD-Homepage „Mein Bereich“ erreicht werden.

12 Änderungen und Beschlüsse zu einem Antrag sollen einfach ersichtlich und  
13 nachvollziehbar sein. Das Einstellen von Anträgen erfolgt durch die örtlichen SPD-  
14 Geschäftsstellen und Gliederungsvorstände über eine einfach zu bedienende Schnittstelle  
15 (Copy & Paste).

### 16 **Begründung:**

17 Als einfaches, aktives Parteimitglied ist es in der SPD nur schwer möglich, den Weg eines  
18 selbst erarbeiteten und z.B. auf Ortsvereinsebene eingebrachten Antrages  
19 nachzuvollziehen. Die vor Parteitag oder Konferenzen erstellten Antragsbücher im  
20 PDF-Format erlauben keine ausreichende Suchmöglichkeit.

21 Ein Überblick über die in den letzten Jahren beschlossenen Anträge ist kaum möglich, da  
22 zu viele Beschlussbücher auf vielen Ebenen durchgesehen werden müssten. Das alles  
23 trägt nicht dazu bei, dass für den ursprünglichen Antragsteller nachvollziehbar ist, bei  
24 welcher Gliederung sein Antrag aktuell steht, ob er bereits abgelehnt oder wie er  
25 inzwischen durch Änderungsanträge verändert wurde.

26 Ein Feedback zu eingebrachten Anträgen ist aber gerade für Antragsteller an der Basis  
27 besonders wichtig.

28

1 **I2) Änderung der Richtlinien der Jusos Unterfranken:**  
2 **Aufgaben**

3 Antragsstellende Gliederung: Bezirksvorstand

4 AdressatInnen: /

5

---

6

7 Punkt II., Aufgaben:

8 ersetze "Menschen verschiedener Nationalitäten, Rassen und Kulturen" durch "allen  
9 Menschen"

10

## 1 **I3) Änderung der Richtlinien der Jusos Unterfranken:** 2 **Redeliste**

3 Antragsstellende Gliederung: Unterbezirk Main-Spessart/Miltenberg

4 AdressatInnen: /

5

6

7 Die Bezirkskonferenz der Jusos Unterfranken beschließt folgende Änderung der  
8 Richtlinien für die Juso-Arbeitsgemeinschaft Bezirksverband Unterfranken:

9 Kapitel IV „Wahlen, Gleichstellung“, Paragraph 2 wird in folgenden Wortlaut umgeändert:

10 „Die Redeliste bei den Bezirkskonferenzen ist nach Möglichkeit zu quotieren. Nach dem  
11 Redebeitrag eines Mannes hat die Gegenrede einer Frau Vorrang. Steht nach dem  
12 Redebeitrag eines Mannes keine Frau auf der Redeliste, wird die Debatte solange ohne  
13 Quotierung der Redeliste fortgeführt, bis eine Quotierung wieder möglich ist.“

14

### 15 **Begründung:**

16 Nach der momentanen Praxis, ist die Debatte beendet, wenn nach dem Redebeitrag eines  
17 Mannes keine Frau auf der Redeliste steht. Es kann dann ein Geschäftsordnungsantrag auf  
18 Fortführung der Debatte gestellt werden. Findet der Antrag auf Fortsetzung der Debatte  
19 die Mehrheit oder erfolgt keine Gegenrede, wird die Debatte fortgeführt. Steht nach dem  
20 Redebeitrag eines Mannes keine Frau auf der Redeliste, ist die Debatte dann beendet,  
21 wenn seit dem letzten Antrag auf Fortführung der Debatte drei Redner das Wort hatten.  
22 Hat seit der letzten Fortsetzung der Debatte keine Frau in der Debatte gesprochen, sind  
23 in der Abstimmung über einen Antrag auf abermalige Fortführung nur Frauen  
24 stimmberechtigt. Ein Antrag auf Schluss der Debatte ist zulässig bevor bei der  
25 Fortführung der Debatte wenigstens eine Rednerin das Wort hatte. Zwischen Gegenrede  
26 und der Abstimmung auf Fortführung der Debatte sind Wortmeldungen unzulässig. Die  
27 Wortmeldung einer Frau vor der Gegenrede führt die Debatte normal fort, eine  
28 Verlängerung um drei RednerInnen findet nicht statt.

29 Im Sinne einer flüssigen Debattenführung auf den Bezirkskonferenzen halten wir es für  
30 sinnvoll, die Regelungen zur Quotierung der Redeliste zu vereinfachen und für jede/n  
31 Delegierte/n und jedes Mitglied verständlich zu machen. Es geht uns darum, zu  
32 verhindern, dass sich die Bezirkskonferenzen bei ihren Debatten in den teilweise  
33 komplizierten Regelungen des bisherigen Wortlauts der durch diesen Antrag zu  
34 ändernden Richtlinien verzetteln. Auch halten wir es für ungünstig, wenn gute Debatten,  
35 die auf der Bezirkskonferenz geführt werden müssen, abgebrochen werden müssen, weil  
36 nach dem Redebeitrag eines Mannes keine Frau auf der Redeliste steht. Somit richtet sich  
37 der Antrag nicht auf eine Abschaffung, sondern auf eine flexiblere Handhabung der  
38 Quotierung der Redeliste, wenn sie während einer Debatte (vorrübergehend) nicht  
39 möglich ist.